



Evangelische Verantwortung

Die Stellung von Kirche in Rundfunk und Fernsehen – (Mehr) Evangelium in den Medien

Wolfgang Baake

Die beiden nachstehenden Beiträge möchten Ihnen mögliche Ansatzpunkte in der Ausgestaltung der Medienarbeit der Kirche aufzeigen. Während Wolfgang Baake eine medienpolitische Wende der Evangelischen Kirche in Deutschland hin zu mehr Missionsarbeit und Evangeliumsverkündigung fordert, betont Hans-Wolfgang Heßler, Autor des zweiten Textes, daß die Kirche alle Möglichkeiten der Präsenz in den Programmen nutzen sollte.

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) beschäftigte sich 1988 mit der Frage: „Wie wird man Christ? – Wie bleibt man Christ?“ Gerade angesichts immer leerer werdender Kirchen ist dies eine existenzielle Frage für die Kirche, denn wir leben im nachchristlichen Zeitalter. Den Kirchen ist es in weiten Teilen noch immer nicht gelungen, von ihrer „Komm-Struktur“ (die Glocken laden zum Gottesdienst ein bzw. bitten zum Gottesdienst) in eine „Geh-Struktur“ (hinzu den Menschen) umzusteigen.

Hier ist neben vielen anderen Aktivitäten der Kirchen besonders die Publizistik gefordert. Denn eine missionierende Kirche sollte über eine Publizistik verfügen, die selbst eine missionarische Identität verspürt. Aber bereits hier setzt die unterschiedliche Bewertung christlicher Medien-

arbeit zwischen weiten Teilen der Landeskirchen und den Evangelikalen ein.

Tatsache aber ist, daß den Christen leider mehr und mehr die Kompetenz zur Antwort auf Lebensfragen abgesprochen wird. Oft werden in Teilen der christlichen Publizistik Antworten auf Fragen, die keiner stellt, gegeben, aber man erhält keine Antworten auf Fragen, die alle stellen. Hier wieder Kompetenz zu erlangen, ist für die gesamte evangelische Publizistik eine riesige Herausforderung. Wie aber sollten wir Christen uns verhalten, nachdem Teile der evangelischen Kirche die Wahrheitsfrage verloren bzw. aufgegeben haben, das christliche Angebot als eines unter vielen gilt und das christliche Bild in der Öffentlichkeit vom „Wort zum Sonntag“ bestimmt wird?

Der Wert christlicher Medien

In wohl kaum einem Land hat die Kirche eine so privilegierte Stellung in Rundfunk und Fernsehen, wie in der Bundesrepublik Deutschland. Da sitzen kirchliche Vertreter mit nicht unerheblichem Einfluß in den Aufsichtsgremien der öffentlich-rechtlichen Anstalten. Zusätzlich haben die jeweiligen Landeskirchen je einen Beauftragten für Hörfunk und Fernsehen bei den Rundfunkanstalten eingesetzt, die sehr eng mit den „Kirchenfunkredaktionen“ der einzelnen Sender zusammenarbeiten.

Außerdem tragen die kirchlichen Beauftragten für die inhaltliche Ausgestaltung der Verkündigungssendungen (Gottesdienstübertragungen, „Wort zum Sonntag“

Liebe Leser,

der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU möchte seine diesjährige Bundestagung am 20. und 21. Oktober in Nürnberg veranstalten. Wir wollen über Fragen nachdenken, die in der politischen Diskussion bedeutsam sind, und haben das Thema gewählt:

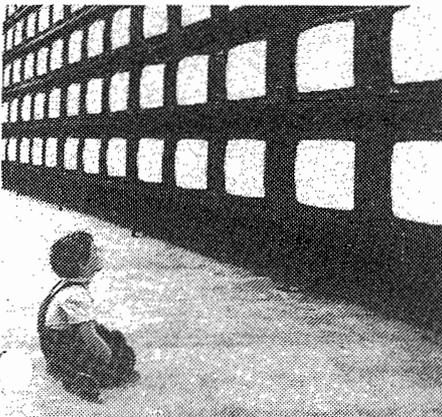
„Deutschland in Europa – unsere Verantwortung für die Welt“.

Traditionell werden wir dabei Politiker, Theologen und Historiker zu Wort kommen lassen. Da wir dieses Jahr im Bereich der CSU in Nürnberg sein werden, freuen wir uns, daß der Vorsitzende der CSU, Bundesminister Dr. Theo Waigel, schon für ein Referat zugesagt hat (vergl. S. 14).

Auf unserer Tagung möchten wir die Frage erörtern, welche Bedeutung die Werte Volk und Vaterland, Kultur und Staat angesichts der wachsenden Gemeinschaft Europas und der Welt für den Christen heute haben.

Wir würden uns freuen, Sie begrüßen zu dürfen. Programme können ab Ende August in der Geschäftsstelle angefordert werden.

Albrecht Martin
EAK-Bundesvorsitzender



Medien können Aufklärung, aber auch Verdummung bewirken.

Foto: Paul Glaser

und Morgenandachten) die Hauptverantwortung. Nicht zu letzt kann man wohl mit Fug und Recht behaupten, daß die Intendanten sich bei den Berufungen von Redakteuren in die Kirchenfunkredaktionen zumindest mit den Kirchen bzw. ihren Vertretern in den Aufsichtsgremien abstimmen.

Es gibt einzelne Vertreter der Kirche, die aufgrund der Medienvielfalt das kirchliche Engagement in den Medien ablehnen. Vielen ist das umfangreiche Angebot christlicher Filme, Videos und christlicher Radiosendungen unbekannt. Es werden auch nicht viele sein, die Zeit haben, alle christlichen Filme und Video-Angebote zu prüfen oder christliche Radiosendungen zu nutzen. Vielleicht sollte man gelegentlich einmal daran denken, wie es wäre, wenn man in einem Land lebte, in dem es nicht möglich ist, im Rundfunk die christliche Botschaft weiterzugeben. Oder man stelle sich vor, wie es wäre, man lebte in einem Land, in dem die Regierung kein Papier bewilligt für den Druck von Bibeln, christlichen Büchern oder Zeitschriften. Sehr schnell würde dann wieder der Wert christlicher Medien steigen.

Als einzelne, als Gemeinden und als Kirche sollten wir dankbarer die wunderbaren Angebote nutzen, die Gott uns in die Hand legt, von der Bibelverbreitung über die Traktatverteilung, vom Einsatz christlicher Filme bis hin zu den noch nicht annähernd ausgeschöpften Möglichkeiten, die uns die öffentlich-rechtlichen und die elektronischen Medien bieten. Die Kirche muß aufhören, alle die, die „Mehr Evangelium in den Medien“ fordern, als fromme Illusionisten abzutun.

1. Mission über Medien ist möglich

Das ist nicht für jeden selbstverständlich, der für Medienfragen innerhalb der Kirche verantwortlich ist. Das liegt zum einen daran, daß viele Christen ein gebrochenes Verhältnis zur Evangelisation und Mission haben, zum anderen aber auch daran, daß man sich damit abgefunden hat, daß die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten kein Instrument der Kirche sind.

Zum anderen hüten die Kirchen ihr Verhältnis zu den öff-

fentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten wie ihren Augapfel, weil sie sich ihnen gegenüber in ein totales Abhängigkeitsverhältnis begeben haben. Deshalb hat es auch einige Jahre gedauert, bis die Evangelische Kirche zu ihrer Standortbestimmung gegenüber den privaten Programmveranstaltern gefunden hat. Und bis heute kann man in der EKD noch immer keine einheitlichen Linien im Hinblick auf ein Engagement im Privat-Rundfunk und -Fernsehen erkennen.



Wolfgang Baake: Junge talentierte Christen in die Medien!

Die Kirche darf jedoch nie vergessen: Mission über Medien ist möglich. Das zeigt am besten die Geschichte der ältesten privaten Rundfunk-Anstalt des Evangeliums-Rundfunks (Wetzlar), der seit 30 Jahren christliche Radioprogramme ausstrahlt. In anderen Teilen der Welt ist die bei uns geführte Diskussion, ob Mission über die Medien möglich ist, längst positiv beantwortet. Aber auch andere Medien ermöglichen Mission: das Buch, die Zeitschrift oder der Film.

In Afrika z. B. wird ganz bewußt der christliche Film eingesetzt. Missionare fahren mit dem „Filmmobil“ durch die Dörfer, einem Großlaster mit eigenem Dieselaggregat und Vorführrapparat. Auf einer Riesenleinwand, wie man sie von den Open-air-Kinos kennt, werden Filme vorgeführt und das mit erstaunlichen Resultaten. Vom Film beeindruckte Menschen, die anschließend gern ein Gespräch führen würden, können das mit besonders geschulten Menschen tun. Sehr viele Zuschauer sind dadurch, daß sie von der christlichen Botschaft im Film erreicht wurden, zum Glauben an Jesus Christus gekommen.

2. Mission über elektronische Medien ist nötig

Der Durchschnittsdeutsche sitzt über 15,5 Stunden pro Woche vor dem Fernseher! Welche Chancen bieten sich, wenn wir dieses Instrument zur Verkündigung des Evangeliums einsetzen. Wir werden mit unseren Filmen nicht die riesigen (nach Millionen zählenden) Einschaltquoten weltlicher Filme erreichen, aber Tausende, wenn nicht Zehntausende von Menschen könnten erreicht werden! Es gibt inzwischen entsprechende Filme.

Dabei denke ich jetzt nicht zuerst an unsere Zeitschriften, Bücher und Sendungen, sondern an die säkularen Medien. Daß Mission dort nicht möglich ist, liegt vor allem an den Medienmachern. Sie haben redaktionelle Bedenken. Sie fragen: „Wer will schon das lesen oder hören, was ihr Christen anzubieten habt?“ Sie haben auch kommerzielle Sorgen und sagen darum: „Wenn wir das senden, was ihr uns vorschlagt, dann verlieren wir Leser, Hörer oder Zuschauer“. Man hat große Sorge, daß durch eine klare Evangeliumsverkündigung Menschen veranlaßt werden könnten, eine andere Welle einzuschalten oder ein anderes Blatt zu lesen. **Die Einschaltquoten, der Umsatz diktieren das Programm.**

Zu selten reagieren Christen auf gute Sendungen, zu selten protestieren sie über schlechte. Bisher haben sich die Kirchen auch nicht darum gekümmert, ob christlich engagierte und talentierte junge Christen journalistisch in die Medien hineinkamen, um an den verschiedenen Plätzen Verantwortung zu tragen. Daher wird verständlich, daß über 32% der Rundfunk- und Fernsehschaffenden in der Bundesrepublik Deutschland auf Anfrage erklärt haben, atheistisch zu sein!

Deshalb ist es wichtig, daß christlich engagierte und publizistisch interessierte Christen sich journalistisch aus- und fortbilden lassen. Aus diesem Grunde hat die Konferenz Evangelischer Publizisten (kep) die Christliche Medien-Akademie in Wetzlar gegründet, um dem größeren Bedarf in den säkularen und kirchlichen publizistischen Einrichtungen gerecht zu werden.

3. Evangelisation oder Mission über die Medien muß gefördert werden,

und zwar von Kirchen, Gemeinden und Einzelpersonen. Dabei werden wir zu lernen haben, daß unsere Mission über die Medien nicht nur heißt, ein bestimmtes Buch oder eine bestimmte Sendung anzubieten bzw. zu lesen oder zu hören. Zur Mission über die Medien gehört mehr.

Wir müssen lernen, mit den Medien umzugehen. Immer wieder höre ich Christen klagen, daß das Fernsehgerät eine zu große Anziehungskraft auf sie habe.

Mancher hat diesen Kas wieder abgeschafft, weil er sich nicht von ihm beherrschen lassen will. Das ist sicher ein guter Vorsatz, nur die Masse unserer Landsleute wird noch lange nicht so handeln, sondern im Gegenteil immer häufiger vor „der Glotze“ sitzen. Christen müssen die Medien vorbildlich nutzen.

Wichtig ist es ferner, daß die Gemeinde diese christliche Medienarbeit – ähnlich wie die missionarischen Bemühungen im In- und Ausland – ermöglicht.

4. Mission über die Medien ohne gesunde Gemeinde ist wenig sinnvoll

Die Kirche muß die Verkündigung über die Medien wollen. Wenn sie aber ein gestörtes Verhältnis zu den Medien hat oder sie ablehnt, dann bleibt aller Einsatz mehr oder weniger vergeblich.

Die Leiter der Gemeinden oder Gemeinschaftskreise und möglichst viele Gemeindeglieder sollten die Gesetzmäßigkeit der Medien kennen. Deshalb sollten spezielle Medienseminare zum festen Programm jeder Kirchengemeinde gehören.

Von Hörern des Evangeliums-Rundfunks ist bekannt, daß sie mit ihren Bibelkreisen oder Hauskreisen gemeinsam die Sendungen hören. Ähnliches berichten Freunde Evangeliums-Rundfunks, die für kürzere oder längere Zeit in ein Krankenhaus kamen und dort – falls es der Rhythmus des

„Auses erlaubte – die eine oder andere Sendung hörten, natürlich nachdem zuvor die anderen Patienten gefragt wurden, ob es ihnen recht wäre, wenn die Sendung eingestellt wird.“

Kirchliche Fernseh- und Radiosendungen sind aber nicht nur für kranke Menschen oder für solche, die aufgrund ihres Alters zu schwach sind, um am Gemeindeleben teilzunehmen. Es gibt auch christliche Sendungen für Kinder, für junge Leute oder für geistig anspruchsvolle Mitmenschen. Mancher hat gute Erfahrungen mit dem Hören christlicher Sendungen während seines Urlaubs gemacht.

Wichtig ist es auch, daß die Gemeinde Medienfachleute aus ihren Reihen unterstützt und in Fürbitte trägt.

5. Einige Beispiele missionarischer Medienarbeit

Im folgenden lasse ich einige Hörer des Evangeliums-Rundfunks sprechen. Sicher könnte auch mancher Schriftleiter einer Zeitung oder mancher Buchverleger ähnliches tun.

„Auch ich war einmal geistlich blind; aber ich verdanke es dem ERF, daß ich es nicht mehr bin...“

„Hier in Holstein ist nicht sehr viel Gemeinschaftsleben wie ich es von Hessen und dem Siegerland gewohnt war, wo ich früher wohnte. Desto wichtiger ist mir der ERF...“

„Angeregt durch ihre morgentliche Sendung ‚ERF-Echo‘ bitte ich um 200 Werbekärtchen, die sich gut zum Beilegen in Briefen eignen. Ich kann diese an Einsame, deren es ja so viele gibt, weitergeben...“

„Immer wieder staune ich, wie Gott doch alles lenkt. Im Mütterkreis, in dem wir Gottes Wort dem Glauben fernstehenden Frauen nahe bringen wollen, besprechen wir verschiedene Themen und versuchen von der Bibel her Antworten zu finden. Für unser nächstes Treffen lautet das Thema: Lernen in Krisen. Wie passend waren dazu Ihre letzten Sendungen...“

„Während einer schwierigen Phase meines Lebens schaltete ich abends das Radio ein und entdeckte Eure Sendung. Ich hörte nur noch den letzten Teil, aber Gott gebrauchte den Prediger, um zu mir zu reden...“

Auf Fremde zugehen

Wir, die wir in der christlichen Medienarbeit tätig sind, beten darum, daß es Gemeinden gibt,

die offen sind für Menschen, die durch die Medienarbeit für Christus gewonnen würden. Das wird ganz besonders wichtig sein, wenn es künftig mehr Lokalsendungen gibt, in denen sich die einzelnen örtlichen Gemeinden vorstellen können. Angesichts dieser Entwicklungen ist es unverständlich, wenn einzelne Landeskirchen sich neuer Möglichkeiten im privat-rechtlichen Lokal- und Regionalfunk verweigern.

Besorgniserregend ist allerdings der Gedanke, daß Menschen, die bisher mit keiner Gemeinde in Verbindung stehen, aufgrund einer solchen Sendung interessiert werden, in eine Gemeinde zu kommen, jedoch nicht angenommen werden und als Fremde bzw. Eindringlinge behandelt werden. Zu viele Gemeinden haben mit sich selbst zu tun und sind gar nicht offen für Fremde, die ihnen Gott anvertraut. Hier gilt es aufmerksam zu sein und auf Fremde zuzugehen. Dazu bedarf es sicher noch mancher Schulung und auch manches Verzichts, wenn es etwa darum geht, nach einer Gemeinschaftsstunde oder einem Gottesdienst auf das Gespräch mit vertrauten Freunden zu verzichten und für Fremde dazusein.

In vielen Gemeinden und Gemeinschaften wird um eine Er-

weckung gebetet. Wir Medienleute sind zutiefst davon überzeugt, daß Gott die Medien mit gebrauchen kann, um Menschen anzusprechen, aber wir werden unseren Auftrag nicht erfüllen können, wenn uns die Gemeinden nicht mit großer Treue und mit wachsendem Interesse zur Seite stehen.

Allerdings ist die Kirche gefordert. Sie muß ihr Konzept engagierter Medienarbeit überdenken. Die Evangelische Kirche in Deutschland muß medienpolitisch eine Wende vollziehen, eine Wende, die nicht halbherzig ist. Die EKD mit ihren Gliedkirchen muß weg von einer subventionsorientierten Medienarbeit, die auch nicht-missionarische Medienprojekte mit Kirchensteuern am Leben erhält, wie z.B. das Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt, das jährlich mit DM 7 000 000,- aus Kirchensteuern am Leben gehalten wird.

Evangelische Medienarbeit muß dahin kommen, daß das Produkt vom Leser, Hörer oder Zuschauer angenommen wird.

Anm.: Wolfgang Baake ist Geschäftsführer der Konferenz Evangelikaler Publizisten und Leiter der Christlichen Medien-Akademie in Weizlar

Kirchliche Medienarbeit – Verantwortliches Handeln ist gefordert

Hans-Wolfgang Heßler

Aus der Evangelischen Kirche sind in der Diskussion über die gegenwärtigen Entwicklungen im Bereich des Rundfunks zwei Stimmen herauszuhören. Eine kritische, ja besorgte. Eine andere, die zu unbefangener Wahrnehmung der neuen Möglichkeiten ermutigt und auch sie in den Dienst des kirchlichen Auftrags zu stellen versucht.

Weshalb kritisch, weshalb besorgt? Mit der Einführung des dualen Systems mit dem Nebeneinander von öffentlich-rechtlichem und privat-rechtlichem Rundfunk verändert sich das Verständnis von Mandat und Funktion des Rundfunks grundlegend. Deregulierung der gesetzgeberischen Vorgaben und die damit einhergehende Kommerzialisierung des Rundfunkgeschehens geraten zwangsläufig in Konflikt mit dem bisher

geltenden Grundsatz der Rundfunkfreiheit als einer „dienenden Freiheit“. Zu befürchten ist deshalb, daß sich der Rundfunk immer weniger als eine der Gesamtgesellschaft verpflichtete Aufgabe versteht, er vielmehr zunehmend dem „freien Spiel der Kräfte“ partikularer Interessen preisgegeben wird.

Eine unaufhaltsame Vermehrung von Programm, wie wir sie zur Zeit erleben, hat einen mas-

siven Verdrängungswettbewerb zur Folge. Für die Sicherung erforderlicher Marktanteile erweist sich die Unterhaltung als das ausschlaggebende Medium. Im Programm dominiert deshalb gängige Unterhaltung. Das Gefälle in die Gefälligkeiten des Anspruchlosen ist nicht mehr zu übersehen. Drei andere vorrangige Aufgaben des Rundfunks, also Information, Bildung und Beratung, erleiden dadurch Einbußen.

Die Sorge ist, daß Neil Postman's Feststellung zum Trend der Programme „Wir amüsieren uns zu Tode“ auch für unser Fernsehen alsbald zutreffen könnte.

Menschen zu kritischem Umgang mit Medien anleiten

Medienforscher sprechen im Hinblick auf die gegenwärtigen Veränderungen von der Gefahr einer „kommunikationskranken Gesellschaft“. Das Überangebot an Programm und eine individuelle Nutzungsdauer des Fernsehens von täglich durchschnittlich drei Stunden führen nachweisbar zu meist irreparablen Beschädigungen in der Verhaltensstruktur und im inhaltlichen Wahrnehmungsvermögen der Zuschauer.

Die Attraktivität der Fernsehwirklichkeit verleitet zur Ab-

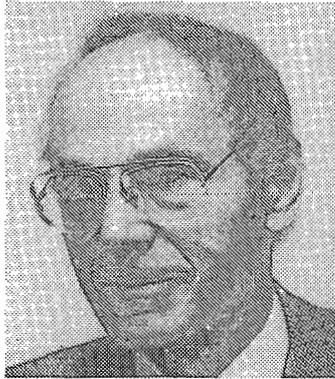
kehr von der harten Realität der Lebenswirklichkeit, dies im besonderen Maße bei Kindern. Den ungeheuren Investitionen in neue Programmangebote stehen keine, zumindest aber nicht ausreichende Bemühungen mit dem Ziel gegenüber, Menschen zu einem kritischen Umgang mit den Medien, vor allem mit dem Fernsehen, anzuleiten, also ihre Medienkompetenz zu vermehren. Die mediale Offensive, die wir jetzt erleben, erreicht unsere Gesellschaft unvorbereitet.

Eine Kirche, die Gesellschaft und Einzelne in all ihren Lebensbereichen begleitet, muß hier in Sorge um den Menschen Rücksichtnahme auf humane Belange anmahnen und gegen Entwicklungen, die ethisch nicht zu vertreten sind, rechtzeitig intervenieren.

Gleichzeitig bemüht sich die Evangelische Kirche um Präsenz auch in neuen Programmen. Weshalb? Den Kirchen ist aufgrund ihres Dienstes, der für alle bestimmt ist, durch Verfassung und Gesetz im Rundfunk grundsätzlich ein fester Platz eingeräumt, durch die Gewährung von Sendezeit im öffentlich-rechtlichen ebenso wie im privat-rechtlichen Rundfunk. **Verkündigungsauftrag und Öffentlichkeitsfunktion der Kirche berühren sich hier.**

Das publizistische Engagement der Evangelischen Kirche gründet in der biblischen Erwartung und Aufforderung, „daß allen Menschen geholfen werde und sie zur Erkenntnis der Wahrheit kommen“ (1. Timotheus, 2,4). Kirche und ihr Auftrag sind auf Öffentlichkeit angelegt. Sie sind heute somit mehr denn je auf mediale Kommunikation angewiesen. Weil auch durch die neuen Programmangebote Menschen erreicht werden, macht sie in der Ver-

mittlung ihrer Botschaft und ihres Dienstes auch von diesen Möglichkeiten Gebrauch, soweit und solange die Voraussetzungen dafür mit ihren rundfunkpolitischen und programmpraktischen Vorstellungen vereinbar sind.



Hans-Wolfgang Heßler: Gefahr einer kommunikationskranken Gesellschaft begeben

Orte der Nachdenklichkeit

Den Anspruch auf Präsenz im Programm hat die Evangelische Kirche stets verbunden mit ihrer Bereitschaft zur Mitverantwortung hinsichtlich der Voraussetzungen für die Veranstaltung von Rundfunk schlechthin und für die Gestaltung eines sozialverträglichen Programms im ganzen. Ihre Mitwirkung in neuen privat-rechtlichen Programmen versteht sie deshalb auch unter dem Gesichtspunkt der Teilhabe an Verantwortung dafür, daß auch in diesen Programmen ein ausreichender Raum für das Zeitgespräch der Gesellschaft bleibt und daß auch hier, selbst in stark von leichter Unterhaltung bestimmten Programmen, Orte der Nachdenklichkeit ausmachbar sind.

Die privat-rechtlichen Programme haben sich an Anforderungen eines Grundstandards zu orientieren, im Gegensatz zu den für den öffentlich-recht-

lichen Rundfunk geltenden Anforderungen für eine Grundversorgung. Grundstandard ist jedoch nicht gleichbedeutend mit niedrigster Anforderungsebene.

Im Übergang in die 90er Jahre treten die Möglichkeiten auf dem Gebiete der elektronischen Medien zutage als eine in vielerlei Hinsicht grenzübergreifende Gestaltungsaufgabe, im Hinblick auf Struktur, Anforderungskriterien, Internationalität. In einer Mediengesellschaft, auf die wir zugehen, gelangen bisherige Vorstellungen und Erwartungen in ein neues breites Spektrum veränderter Grundsätze, Absichten und Erfahrungen.

Das Maß an Menschendienlichkeit dieser Medienentwicklung hängt ab von dem Aufgebot an Publizisten und Technikern in den Medien, die auf diese Entwicklung in Verantwortung für Wohl und Heil der Menschen einzuwirken vermögen. Hierzu können die Kirchen beitragen. Deshalb halten sie sich bereit für die Mitwirkung an der vor uns liegenden Gestaltungsaufgabe im Bereich neuer medialer Möglichkeiten.

Thema ihres derzeitigen konziliaren Prozesses ist Bewahrung der Schöpfung. Damit ist stets auch gemeint Bewahrung von Kommunikationskultur als ein Stück Lebenskultur.

Ausblick

Kirche und öffentlich-rechtlicher Rundfunk verbindet eine bewährte partnerschaftliche Zusammenarbeit. Eine vergleichbare Beziehung möchte die Kirche im Zusammenwirken mit privat-rechtlichen Veranstaltern entwickeln. Auch privat-rechtliche Rundfunkveranstalter wie RTL plus und SAT 1 anerkennen kirchliche Beiträge als einen festen Bestandteil des Gesamtprogramms. Insofern sind Voraussetzungen für Mitwirkung und Vorstellungen der Kirche auch in diesen Programmen gegeben: Das Interesse der Kirche kann nur und muß sein, daß in einem dualen Rundfunksystem hier wie dort gutes, gesellschaftsförderliches Programm gemacht wird.

Diese Standortbeschreibung gegenüber der gegenwärtigen Medienentwicklung dürfte für die Evangelische Kirche nach Lage der Dinge weiterhin gelten. Die darin liegende Spannung schließt einen hohen Grad von Konstruktivität nicht aus.

Anm.: Hans-Wolfgang Heßler ist leitender Direktor des Arbeitszentrums des Gemeinschaftswerkes der Evangelischen Publizistik e. V. und betreut den Arbeitsbereich Publizistik innerhalb der Konferenz kirchlicher Werke und Verbände.

Evangelischer Arbeitskreis der CDU Nordrhein-Westfalen 4. EAK-Landestagung

am Samstag, den 12. August 1989, 10.00 Uhr
im Konzert- und Bühnenhaus, Bury-St.-Edmunds-Str. 5, Kevelaer

„Freiheit der Presse – Mißbrauch oder verantwortlicher Journalismus“

Eröffnung:	Dr. Hans-Ulrich Klose MdL, EAK-Landesvorsitzender
Referat:	Rudolf Bauer, Rheinische Post
Podiumsdiskussion mit Beiträgen u. a. von:	Dr. Gerhard Rödding, Landesrundfunkanstalt Cornelius Bormann, WDR Düsseldorf Wolfgang Polzer, idea, Dr. Ottmar Pohl MdL Hans Rütten, Redaktionsleiter, Wolfgang Frank, epd Düsseldorf

**Anmeldung und Informationen über den EAK-Landesverband,
z. Hd. Herrn Wollziefer, Wasserstr. 5,
4000 Düsseldorf 1, Tel.: 02 11/1 36 00-38**

10. Theologisches Abendgespräch des EAK Baden in Karlsruhe

Thema:	Über den Klerikalismus Politisches und pastorales Reden und Handeln in der evangelischen Kirche
Termin:	Mittwoch, den 4. 10. 1989, 19.30 Uhr
Ort:	Heinz-Schuchmann-Haus, 7500 Karlsruhe-Rintheim, Heilbronner Str. 30
Referent:	Prof. Dr. Manfred Seitz, Erlangen
Gesamtleitung:	Hans-Michael Bender, Karlsruhe

Ortskirche kontra Medienkirche?

Werner Küstenmacher

Vor zehn Jahren, als Lehrvikar in Freising, besuchte ich zwei junge Eheleute, die ihr Kind taufen lassen wollten. Die Telefonnummer des Pfarramtes hatten sie aus der Zeitung. Wo unser Kirchengebäude stand, war ihnen völlig unbekannt. Beide hatten außer dem Taufschein keinerlei kirchliche Bindung. Und doch empfanden sie den Begriff „evangelisch“ offenbar als so etwas Positives, daß sie ohne jeden elterlichen Druck auf den Gedanken gekommen waren, ihr Kind taufen zu lassen. Sie kannten Kirche aus dem Radio, aus dem Fernsehen, aus der Tageszeitung. Den Gemeindebrief hatten sie stets weggeworfen, weil sie ihn als Mitteilungsblatt für Insider betrachteten. Nie waren sie besucht worden. Die Ortsgemeinde, zu deren Mitarbeitern ich ja gehörte, hatte hier versagt. Dank der Vermittlungstätigkeit der Medien aber war es hier dennoch gutgegangen. Das junge Paar konnte ich später noch öfter im Gottesdienst antreffen.

Bei diesem Taufgespräch und manch anderem ähnlichen Besuch reifte in mir der Entschluß, meine Aufgabe als Pfarrer im Bereich der Medien zu suchen. Die Ortsgemeinde versagt bei der Kontaktaufnahme zu neuen Mitgliedern fast zwangsläufig, längst nicht nur in Großstädten. In früheren Zeiten hat man sich auf personale Strukturen verlassen können: Einer sagt's dem anderen. Inzwischen haben das zum überwiegenden Teil die Medien übernommen, und mag es noch so sehr beklagt werden.

Paul Rieger, der Direktor des Evangelischen Presseverbands, wird nicht müde, von den drei Säulen zu sprechen, auf denen die Kirche heutzutage steht: Personale Ortsgemeinde, Diakonie und Medien. Auf diesen drei Wegen kommt Kirche heute in vielfältiger Form zu den Menschen: Vom Gottesdienst bis zum Gemeindefest, vom Kindergarten bis zum Essen auf Rädern, vom Fernsehgottesdienst bis zur Radioandacht. Es wäre fatal, die drei gegeneinander auszuspielen. Einer braucht den anderen, wie eben drei Füße für ein großes Gebilde einen besseren Stand bieten als einer oder zwei.

Der Unterschied zwischen personaler Gemeinde und Funk-, Fernseh- und Pressegemeinde, so empfinde ich nach gut neun Jahren Medienarbeit, ist geringer, als ich es erwartet hatte. Nach einer Predigt gibt es wenig direkte Rückmeldungen, jedenfalls selten mehr als auf einen durchschnittlichen Fern-

sehgottesdienst. In einen „echten“ Gottesdienst kann man hinein- und wieder herausgehen, ohne ein einziges persönliches Wort mit irgendeinem Menschen gesprochen zu haben. Daß man angesprochen wird, ist die ganz große Ausnahme. Pfarlerin oder Pfarrer erleben aus ihrer Perspektive Gemeinde als vitales Netz von Beziehungen, weil sie selber kaum mehr als 200 Menschen überschauen (und verkraften) können. Viele, viele bleiben draußen. Selbst Weihnachtsgottesdienste, einst Inbegriff für die Vollversammlung der Entfremdeten, erreichen selten mehr als die Hälfte der eingeschriebenen Gemeindeglieder.

Umbruchsituation

Nein, „die Medien“ sind nicht die Lösung für die Kontakt- und Vertrauensprobleme, die Menschen mit ihrer Kirche haben. Das wird auch der glühendste Verfechter eines kirchlichen Medieneinsatzes nie behaupten. Aber: Wir leben in einer bedrängenden Umbruchsituation, die sich ganz offensichtlich von traditionellen christlichen Werten und Formen wegentwickelt. Und in solch einer Situation darf nichts unversucht bleiben. Aus der Balance kommt die Kirche durch das derzeitige Engagement (etwa in den neuen Medien) weder personell noch finanziell. Das dritte Bein, von dem oben die Rede war, ist bei weitem das schwächste der drei, obwohl die Reichweite

moderner Medien riesig und immer noch wachsende Dimensionen hat. Kein Unternehmen, die staatlichen Dienstleistungsbetriebe eingeschlossen, hat so wenig für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit im Haushalt ausgewiesen wie die evangelische Kirche: unter einem Prozent. Selbst die katholische Schwester liegt weit darüber.

Kirchliche Experimente in den Medien

Ich sehe vor allem zwei große Versuchungen, mit denen wir uns im Dienst an den Menschen selber im Wege stehen: die klerikale Betriebsblindheit und den intellektuellen Hochmut. Für kirchliche Insider ist es immer wieder unbegreiflich, daß Menschen bei der Bachkantate oder einer Psalmenlesung nichts als gähnende Langeweile empfinden. Und doch tut das die überwiegende Mehrheit der kirchlich Fernstehenden. Die herkömmliche Form des Sonntagsgottesdienstes erreicht nur noch eine Minderheit. Es ist höchste Zeit, sich nicht länger darüber hinwegzumogeln, mit Blick auf ein paar „funktionierende“ Dorfgemeinden oder volle Häuser bei speziellen Anlässen. Eine neue Form ist noch nicht gefunden. Und sie wird auch nicht gefunden, solange dieses Thema innerhalb der Kirche tabu ist.

Wann stellt die erste Gemeinde aus Mangel an Effektivität den Gottesdienst ein? Der Aufwand für den Gottesdienst ist beträchtlich; er dürfte im Verhältnis zu den erreichten Personen die kostspieligste Aktivität sein. Um nicht mißverstanden zu werden: Die Gemeinschaft von zwei oder drei in Jesu Namen trägt seine Verheißung, aber Jesus spricht von Agende I, Introitus, Pfarrerspredigt oder dem Sonntagvormittag.

Wiederum gilt: die Medien allein tun's zur Rettung freilich nicht. Es ist in der Tat problematisch, daß Radio- und Fernsehgottesdienste stets personale Gemeinschaft vortäuschen. Deswegen habe ich mich von Anfang an gewehrt gegen Ver-

kündigungssendungen im privaten Fernsehen. Aber ich bin überzeugt, daß die kirchlichen Experimente in den Medien eine wichtige Rolle spielen bei der Entwicklung künftiger Gemeinde- und Gottesdienstformen. Mediale Elemente wie Unterhaltung, Emotion, Identifikation mit „front men“, Moderation, Abwechslung und richtiges Timing werden ebenso dazugehören wie die Erlebnisformen, die in den Medien nicht erlebbar sind: Stille, Gespräch, gemeinsames Gebet, Essen und Trinken.

In der Beurteilung der neuen privaten Funk- und Fernsehsender feiert der intellektuelle Hochmut besondere Triumphe. SAT 1 zum Beispiel liegt praktisch gleichauf mit dem Durchschnitt der öffentlich-rechtlichen Programme, die ihrerseits nach wie vor weit höhere Werbeeinnahmen haben und damit ebenso von kommerziellen Interessen regiert werden. RTL plus scheint derzeit sogar demonstrieren zu wollen, daß sich ein kommerzieller Sender größere Meinungsfreiheit leisten kann als die von Politikern kontrollierten öffentlich-rechtlichen Sender. Angesichts des Erfolgs der „Privaten“ spricht der Hochmut: um so schlimmer. Und vergißt dabei, daß hinter jeder Einschaltquote Menschen stecken, jeder mit ähnlichen Bedürfnissen, Sorgen und Träumen.

Für die Zukunft der Kirche wäre es fatal, wollten wir uns beschränken auf Christen mit bestimmter Schulbildung, bestimmter Kirchlichkeit oder bestimmten Mediengewohnheiten. Die frohe Botschaft des Evangeliums, die frei macht von Einsamkeit, Gesetz und Zwang, brauchen alle. Wir sollten sie ihnen bringen, mit allen Mitteln, die uns Gott zur Verfügung stellt.

Ann.: Pfarrer Werner Küstenmacher ist Referent für Neue Medien im Evangelischen Presseverband für Bayern.

Diesen Beitrag haben wir aus den „Nachrichten der Evangelisch-lutherischen Kirche in Bayern“ übernommen.

10 Gebote für den Journalismus

Herbert A. Gornik

1. Eine zeit- und sachgemäße Ethik kann nicht bei der privaten Gesinnung des Einzelnen stehenbleiben. Sie muß zur Verantwortungsethik werden, d. h. in der aktuellen Situation auch um den Preis des Scheiterns Entscheidungen fällen und damit Verantwortung für Folgen übernehmen. **Im Einzelfall muß das Strukturelle, Allgemeine sichtbar gemacht werden.**

Das gilt für grenzüberschreitende Journalisten ebenso wie für Politiker. Im einzelnen Fehltritt das kollektive Straucheln sehen, hinter der individuellen Abweichung die strukturellen Gründe dafür sichtbar machen.

2. Zivilcourage gegen die sogenannten „institutionellen Zwänge“ ist die größte Tugend. Sie entsteht aus **kritischer Solidarität mit den Opfern** und tatsächlich Schwachen.

3. **Der Journalismus muß vor dem Zugriff der Interessengruppen geschützt werden.** In jedem Mediengesetz muß der Gesetzgeber paradoxerweise die Pressefreiheit in erster Linie vor sich selbst schützen. Nicht der Staat hat die Medien, sondern freie Medien haben in einem freien Land den Staat zu kontrollieren.

4. Wiedergewonnen werden muß im politischen Bereich eine Kultur der Offenheit und Offenlegung gegenüber der Öffentlichkeit. **Von sich aus die Öffentlichkeit zu informieren**, ohne von der Presse bedrängt zu sein, ist eine – im politischen Bereich – verlorengegangene Tugend.

Politiker sollten ihre Entscheidungen weniger nach ihrem Echo in den Medien ausrichten als vielmehr an der Realität.

5. Die Zuhörer, Zuschauer und Leser sind zunächst als Konsumenten passiv. Informations-Vermittlungen, die auf Partizipation



Sensationsgier: Journalisten bestürmen Bonner Politiker

Foto: dpa/Sander

und Aktivierung der Konsumenten angelegt sind, haben den Vorzug vor Verlautbarungsjournalismus und „Hinnahme-Informationen“.

Der Informationsbegriff muß um die Interpretation der Information erweitert werden. **Wissen ist viel, Verstehen ist besser.**

6. Der Neuigkeitswert darf nicht alleine das Kriterium für journalistische Auswahl sein. Damit die Wirklichkeit des Bleibenden nicht bedeutungslos wird, ist eine neue Form von Parteilichkeit vonnöten. Gegen die Unkultur des ganz Neuen müssen Journalisten **dem Bewahrenswerten zum Bestehen verhelfen**, denn auch das sogenannte Neue kann nur mit dem Repertoire

des sogenannten Alten bewertet werden.

7. **Modelle sozialen Gelingens** dürfen nicht durch die Abbildung ständigen Scheiterns in Vergessenheit geraten. Dabei muß allerdings vermieden werden, das sog. Negative jeweils durch den Verweis



Herbert A. Gornik:
Wir leben in einer voyeuristischen Gesellschaft

Konsument als entscheidendes, mündiges Subjekt ernstgenommen wird.

10. Güteabwägungen sind unausweichlich und damit ethische Konflikte, wenn die persönliche Sphäre und die Würde einer Person mit der Verpflichtung dem Gemeinwohl gegenüber abgewogen werden müssen. Das Privatleben eines Funktionsträgers darf allerdings nicht zur Bewertung seiner politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Funktion herangezogen werden.

Das Informationsbedürfnis im Sinne des Gemeinwohls steht höher als der Schutz der privaten Sphäre des Bürgers.

Ann.: Die vorangestellten „10 Gebote“ orientieren sich an Überlegungen Günter Virts.

Anmerkung der Redaktion

Aus finanziellen Gründen und wegen der Sommerurlaubszeit erscheint die Evangelische Verantwortung diesmal als Doppelnummer (Juli/August 1989).

8. **Subjektivität sollte eingestanden werden**, reine Objektivität nicht vorgepielt werden.

9. Verantwortungsethik ist auch, **die Folgen eines Berichts mitzubedenken.** Dabei können aber noch so negative, z. B. wirtschaftliche Folgen eines Berichts kein Grund sein, die Veröffentlichung zu verhindern. Die Vorrangigkeit des Gemeinwohls bedeutet auch, daß der

Zuschauer als „Orientierungs-Waisen?“

Macht und Manipulation, dargestellt am Beispiel des Fernsehens

Dieter Weirich

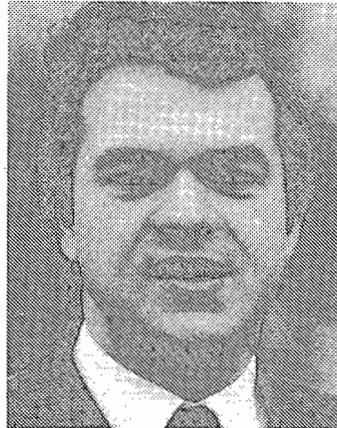
Über drei M wird häufig gestritten: Medien, Macht und Manipulation. Eine Alliteration, die uns seit Jahrhunderten beschäftigt und die doch immer wieder brandaktuell ist. Wenn von der Bedeutung der Medien die Rede ist, muß vor allem das jüngste und wichtigste Kind unserer Massenkommunikationsmittel – das Fernsehen – erwähnt werden.

Warum ist die Flimmerkiste so überragend in ihrer Bedeutung auch für die Politik?

Sie hat die größte Reichweite, die breiteste Nutzung und ihre Informationen besitzen die höchste Glaubwürdigkeit. 97 Prozent aller Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland besitzen mindestens einen Fernsehapparat. Otto Normalverbraucher verbringt nach neuesten Statistiken mehr als zwei Stunden täglich vor dem Bildschirm. Die hohe Glaubwürdigkeit dieses Mediums mag auf den ersten Blick überraschen, doch die Motive für diese Haltung sind verständlich. Die Wirklichkeitstreue der Information wird durch Bilder und Filme dokumentiert. Fernseh-Botschaften haben einen hohen Grad an Ausdruckskraft und damit besonders emotionalisierende Wirkung. Historisch gesehen hat das Fernsehen als freie Nachkriegs-Erfindung mehr Vertrauen als die in braunen Zeiten gleichgeschaltete Presse; und die öffentlich-rechtliche Organisationsform mit der proklamierten Staatsferne und der Unabhängigkeit von Staat und privaten Interessen läßt manchen Betrachter besondere Objektivität vermuten.

Unbestreitbar ist auch, daß das Fernsehen ein Katalysator für das politische Interesse der Bevölkerung war. Die Demoskopen sagen, daß sich das Interesse an der Politik in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten nahezu verdoppelt hat. Sind die Menschen aber deshalb besser informiert? Ich glaube, nein. **Fernsehen ist** – wie Niklas Luhmann gesagt hat – „**Reduktion der Komplexität**“. Das hängt mit der besonderen Struktur des Mediums, das einem Zwang zur Visualisierung unterliegt, zu-

sammen. Aktion oder auch Aktionismus, also Ereignisse oder auch künstlich inszenierte Happenings haben eine besondere Vorzeige-Chance. Dauer-Demonstranten von der Straße, die Staatsgewalt herausfordernd, Greenpeace-Kämpfer auf dem Schornstein einer Fabrik haben



Dieter Weirich, MdB: Journalisten dürfen nicht Ersatzpolitiker werden

bessere Möglichkeiten als Herren im Flanell, die ihr politisches oder wirtschaftliches Credo in geheizten Sälen überzubringen versuchen.

Verzerrung der Realität

Die journalistischen Auswahlkriterien Aktualität und Verknappung – Kommunikationswissenschaftler sprechen von strukturbedingter Neophilie – führen zu jener schrecklichen Vereinfachungsvorstellung über die Politik, so daß manche über die Lufthoheit an ihren Stammischen kämpfende Bürger mit Kopfschütteln quittieren, daß das eine oder andere auch so simple Problem immer noch nicht gelöst ist.

Politik wird überdies personalisiert und ritualisiert. Der vielschichtige Diskussions- und Willensbildungsprozeß etwa in Par-

teien oder Bundestagsfraktionen wird auf die Darstellung weniger Persönlichkeiten verkürzt, die im „Treibhaus Bonn“ situationstypologisch immer wieder im gleichen optischen Umfeld gezeigt werden. Staatsbesuch, Pressekonferenz, Sitzungsbeginn, Diskussionsrunde, Bundestagsdebatte. Ins Bild kommt dann noch der Renegat, der wider den Stachel der eigenen Partei lökt. Na und, wird man sagen. Die alte Regel heißt schließlich: „Hund beißt Mann, ist keine Meldung“. Bei Mann beißt Hund“ sieht das schon anders aus.

Daß für die Verankerung im Bewußtsein der Menschen nur das stattgefunden hat, was im Fernsehen auch zu betrachten war, hat bei der Darstellung der internationalen Politik besondere Folgen. Totalitäre Systeme, die ihre Grenzen für Journalisten dicht machen, finden zwangsläufig so gut wie nicht statt. Menschenrechtsverletzungen in Südafrika, wo Reporter relativ freien Arbeitsbedingungen unterliegen, ein Dauerbrenner. Brutale Unterdrückung in Vietnam, Laos oder Kambodscha, so gut wie nicht auf der Tagesordnung. Fernsehen also als Verzerrung oder Verkürzung der Realität, Zuschauer als „Orientierungs-Waisen“, um einen Begriff zu verwenden, den Hermann Lübke einmal gebraucht hat.

Professor **Heinrich Oberreuter** warnt deshalb vor einer auseinandergehenden Schere: Einerseits sei angesichts der Komplexität der Probleme das politische Interesse immer wichtiger; andererseits würden die Bürger auf eine eher gefährliche Weise anpolitisiert: Nicht der politische Prozeß stehe im Vordergrund, sondern die politische Dramaturgie, die politische Unterhaltung.

„Die Massenmedien, insbesondere das Fernsehen, beeinflussen nicht nur Gestalt und Bild der Politik, sondern auch die überwiegend passive Art, in der

Bürger sich ihr zuzuwenden pflegen.“

Die Medienwirkungsfor-

Journalistisches Selbstverständnis als „Ersatzpolitiker“

Ein Problem ist auch das hierzulande bisweilen anzutreffende journalistische Selbstverständnis. Manche Journalisten, insbesondere im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, verstehen sich als Ersatzpolitiker oder als gesellschaftspolitische Missionare. Es gab Anfang der 70er Jahre einen großen Streit über ein Zitat des Journalisten Merseburger, der in der Evangelischen Akademie Tutzing gesagt hatte, Journalismus habe auch die Aufgabe der Systemveränderung. Hier kann ich nur sagen, weit gefehlt. Wer so denkt, hat seinen Beruf verfehlt.

Journalismus kann in Beschreibung der Zustände und Umstände mit dazu beitragen, daß sich das System verändert, aber es als gesellschaftspolitische Mission zu empfinden, erzieherisch für die Gesellschaftsveränderung zu wirken, das ist ein großes Mißverständnis dieser wichtigen Dolmetscheraufgabe in unserem demokratischen Rechtsstaat.

Ich denke, daß diese Diskussion Anfang der siebziger Jahre auch bezeichnend war. Sie ist damals sehr vital geführt worden, vor dem Hintergrund der Tatsache, daß in die Rundfunkanstalten viele junge Journalisten wechselten, aus der Zeit der außerparlamentarischen Opposition, aus den verengten Fachbereichen von Soziologie und Politologie, deren politisches Bewußtsein unter den Wasserwerfern erwacht war, und die im Journalismus auch ein Stück Hebel zur Systemveränderung gesehen haben. Daß ich nicht alleine bestimmte Spezies von Journalisten kritisch sehe, beweist ein Zitat meines

Fortsetzung von Seite 7

Kollegen Peter Glotz. Er hat über diese Typologie geschrieben:

„Es handelt sich um Journalisten, die ihren eigenen persönlichen Gesprächsbeitrag, ihre private Meinung – ob sie sich nun als volkswirtschaftliches, politisches, ästhetisches, technisches Urteil darstellt – wichtiger nehmen als die Aufgabe als Makler und Anwalt der gesellschaftlichen Kommunikation, die unterschiedlichen Bedürfnisse der Partner herauszufinden, aufeinander abzustimmen und die Kluften, die zwischen ihnen bestehen, zu überbrücken. Die journalistische Rollenselbstdeutung als Vermittler tritt hinter der Rollenselbstdeutung des Journalisten als Kritiker und Kontrolleur und als Hüter kultureller und gesellschaftlicher Normen und Werte und als Erzieher zu einer gemeinsamen öffentlichen Moral zurück.“

Soweit Peter Glotz. Ich möchte ihm ausdrücklich zustimmen.

Die „Merker“ und die „Täter“

Dabei sollten wir deutlich machen, daß Neutralität im Journalismus – übrigens häufig Gegenstand von Karikaturen und Satiren – keine journalistische Selbstentmannung ist. Schriftsteller Erich Kuby unterscheidet zwischen zwei Journalisten-Kategorien, dem Merker und dem Täter, und er führt dazu aus, Journalisten, die sich in der Tradition des liberalen Journalismus angelsächsischer Prägung verstehen und sich dabei in erster Linie als Chronisten empfinden, sind Merker. Sie diagnostizieren Entwicklungen, legen möglichst viele Fakten ihrem eigenen Publikum vor, um diesem eine Meinungsbildung zu ermöglichen, sie recherchieren sorgfältig, bilden sich ein Urteil und äußern auch ihre Meinung, doch dies immer in dem Wissen, suggestiv zu sein, sie laufen also nicht Gefahr, ihre Meinung als Gemeingut darzustellen.

Im Gegensatz dazu sieht er den „Täter“, den Journalisten als Quasi-Politiker, der durch sein journalistisches Handeln unmittelbar politische Wirkungen erzielen wird. Er recherchiert also auch in dem Fall nur Fakten, die in sein Weltbild hineinpassen. Dieser Journalistentyp hat die Idee des Integrations-Rundfunks pervertiert.

Der Rundfunk-Journalist unterliegt anders als der Journalist der privatwirtschaftlich organisierten Presse strengen Gesetzen, im Hinblick auf Fairneß und Ausgewogenheit. Das Verfassungsgericht fordert ein Mindestmaß an inhaltlicher Ausgewogenheit, Sachlichkeit und gegenseitiger Achtung. Der Journalist steht daher in einem Spannungsverhältnis zwischen diesem gesamtgesellschaftlichen Auftrag auf der einen und seiner persönlichen Meinungsfreiheit auf der anderen Seite.

Manche haben sich auf simple Weise so entspannt: Die Freiheit, die eigene Meinung zu verbreiten, hat den gesamtgesellschaftlichen Auftrag achtlos beiseite geschoben. Dabei beruft man sich stereotyp auf Artikel 5 des Grundgesetzes. Meinungs- und Informationsfreiheit gehören jedoch zu den menschlichen Grundwerten und stehen jedem Bürger in gleicher Weise zu, genießen deshalb den besonderen Schutz der Verfassung. Ich darf in diesem Zusammenhang noch den früheren Generalintendanten des Österreichischen Rundfunks zitieren, der gesagt hat, Rundfunk ist öffentliche Dienstleistung und nicht in erster Linie Stätte politischer Selbstverwirklichung.

Wir haben inzwischen Wettbewerb im Fernsehen: ein in der Demokratie wünschenswerter Prozeß. Die Vervielfältigung der Fernsehprogramme wird die Thematisierungskraft des Fernsehens in den neunziger Jahren schwächen. Wer mitreden will, braucht nicht mehr das Programm einer der beiden nationalen Kanäle gesehen zu haben. Das wird zu einem Stück Entautorisierung, vielleicht auch Entpolitisierung des Fernsehens führen.

Machtbegrenzung ist vor allem dort gut, wo es keine wirkliche Kontrolle gibt und wo es zudem bisher ein Monopol oder Oligopol gab. Auch wird den gedruckten Medien mit ihren differenzierten Darstellungsmöglichkeiten neue Atemluft gegeben, wie Professor Wolfgang Bergsdorf festgestellt hat. Und das ist eine erfreuliche Perspektive.

Ann.: Dieter Weirich, MdB, ist medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vorsitzender des Bundesfachausschusses Medienpolitik der CDU. Seit 1982 Mitglied des Fernsehrates des ZDF. ■

Das „Wort zum Sonntag“ – ein evangelisches Trauerspiel?

Nahezu jeder Fernsehzuschauer kennt diese Situation: Es ist Samstagabend. Nach dem Spielfilm oder der Unterhaltungssendung folgen im ARD-Programm die Ziehung der Lottozahlen, Tagesschau und Wetterkarte. Dann wird das „Wort zum Sonntag“ angekündigt. Man weiß: ein Mann oder eine Frau der Kirche spricht einige Minuten lang etwas Christliches.

Es gilt nun sich zu entscheiden: gehe ich zur Toilette, hole ich eine neue Flasche Bier oder eine Dose mit Plätzchen, schalte ich um oder höre ich zu?

Auch wenn viele Zuschauer eine der erstgenannten Möglichkeiten wählen, bleibt doch eine sehr große Zahl von Menschen, die diese älteste kirchliche Verkündigungssendung im Fernsehen Samstag für Samstag verfolgen.

Spricht ein(e) Katholik(in), dann ist im wesentlichen klar, was zu erwarten ist: bei aller Unterschiedlichkeit doch ein Wort, dessen theologischer Gehalt und kirchlicher Bezug fast immer deutlich erkennbar sind, oft bereits am äußeren Erscheinungsbild der Sprecher(innen).

Anders verhält es sich bei den Evangelischen: hier gibt es eine kaum zu begreifende Vielfalt, von der packenden und einladenden Kurzpredigt über die allgemeine Lebenshilfe und die psychologisierende Märchenstunde bis zum politischen Kommentar.

Zuhören

Das Schweigen ist für das Wort wie ein Netz, das unter dem Seiltänzer ausgespannt ist.

Max Picard

Möglich ist alles, je nach der kirchlich-theologischen Einstellung. Es gibt evangelikale, progressive, liberale und andere Sprecher(innen), und entsprechend pluralistisch sind auch die Inhalte, die zu den Zuschauern „herübergebracht“ werden sollen.

Natürlich ist zu akzeptieren, daß die verantwortliche Auswahlkommission nicht nur Vertreter einer einzigen evangelischen Richtung zu Wort kommen lassen möchte. Aber wenn ein „Wort zum Sonntag“ auch bei intensiver Aufmerksamkeit keinen christlichen Inhalt entdecken läßt, wenn ein Bibelwort gar nicht vorkommt oder nur notgedrungen zum Schluß als

allgemeiner Aufruf zu menschlichem Verhalten entfremdet wird, dann stellt der enttäuschte zuschauende Christ fest, daß wieder eine große Chance, das Evangelium den Menschen nahezubringen, vertan worden ist.

Viel Kälte ist unter den Menschen, weil wir nicht wagen, uns so herzlich zu geben, wie wir sind.

Albert Schweitzer

Chance zur christlichen Verkündigung

Das „Wort zum Sonntag“ ist doch kein Pausenfüller, sondern eine Sendung zur christlichen Verkündigung, eine Möglichkeit für die Kirchen, ihr ureigenes Anliegen zu vertreten. Warum wird das so häufig mißachtet? Warum gibt es immer wieder Sprecher(innen), deren Aussagen von der Verkündigung des Evangeliums meilenweit entfernt sind? Achtet die evangelische Kirche so wenig auf das Zentrale ihres Glaubens, das doch ihre ordinierten Amtsträger vermitteln sollen?

Manchmal wird die Versuchung übergroß, bei bestimmten evangelischen Sprecher(innen), die bereits bekannt sind, irgendeine andere Tätigkeit, und sei es auch eine der oben genannten, dem Zuschauen vorzuziehen, weil doch nichts „Evangelisches“, dem Evangelium Gemäßes, zu erwarten ist. Sicher, es ist schwer, in wenigen Minuten ein Millionenpublikum im Fernsehsessel anzusprechen. Aber es ist doch möglich, dafür gibt es genug Beispiele.

Das „Wort zum Sonntag“ ist eine wichtige Gelegenheit zur Verkündigung. Sie sollte noch viel besser und intensiver genutzt werden, um Gottes und der Menschen willen.

Ann.: Der Autor Wolfgang Sickinger ist Pfarrer in der evangelischen Kirchengemeinde Heißen.

Protestantische Profile

Werner Dollinger

Dr. Werner Dollinger, Bundesminister a. D., wünscht sich, daß die Erfolge von „Kirchentag“ und „Gemeindetag unter dem Wort“ auch in die Gemeinden eingebracht werden mit dem Ziel, den Glauben der Christen und der Gemeinde zu stärken.

Der 23. evangelische Kirchentag in Berlin hatte mit über 154 000 Teilnehmern einen Rekordbesuch. Ein Rekord war aber auch die Anwesenheit von jungen Menschen. Manchmal wird darüber gelächelt und gesagt, dies habe mit Kirche nichts zu tun, die Leute wollten eben **Happening**. Dem widerspreche ich. Selbstverständlich gibt es bei dieser großen Zahl verschiedene Interessen. Wenn die Hallen bei der biblischen Besinnung am Morgen größtenteils voll, ja überfüllt waren, und die Jugend daran entsprechend beteiligt war, dann sollte man nachdenken, warum die jungen Menschen zum Kirchentag kommen.

Den politischen Parteien fehlt der Nachwuchs. Ich kenne Statistiken, die ergeben, daß die Mitgliederzahlen „bis zu 30 Jahren alt“ eine zweistellige Prozentzahl nicht erreichen. Warum also gehen die jungen Menschen zum Kirchentag? Ich glaube, weil sie Antworten haben wollen, die der Alltag normal nicht **gibt**, weil sie diskutieren wollen und weil sie Gemeinschaft suchen.

Ich denke an meine eigene Schulzeit zurück. Damals, nach 1933, gab es viele Diskussionen um den Glauben. Der Satz „Nationalsozialismus und positives Christentum“ beeindruckte zunächst viele. Bald aber kam die Auseinandersetzung zwischen Nationalismus und Kirche. Auch in meiner Schulklasse gab es heftigste Diskussionen. Der „Mythos des 20. Jahrhundert“ vom Chefideologen Alfred Rosenberg und die Antwort von Walter Kühnet gab Material. Die religiöse Gemeinschaft wurde aufgebrochen. Drei meiner Schulkameraden, über **lebte** und begeisterte Hitlerjungen, traten aus der Kirche aus; sie vertrauten den Aussagen des Nationalismus mehr als der Bibel und dem Bekenntnis.

Ich wurde Glied der bekennenden Kirche.

Weg zurück zur Kirche

Wenige Jahre später war eine andere Situation. Der Krieg war verloren, Not und Elend herrschten, man suchte Gott und viele fragten, warum das alles so gekommen war. Die Kirchen waren überfüllt. Viele fanden den Weg zurück zur Kirche. Sie hatten erlebt, daß die eigenen Antworten auf die Fragen des Lebens nicht genügten.



Dr. Werner Dollinger, Bundesminister a. D.: Kirche sollte immer wieder das Gewissen für die Öffentlichkeit darstellen

„Recht ist, was dem Volke nützt“ und der Satz aus dem Hitlerjungenlied: „... Die Fahne ist mehr als der Tod“ hatten sich als schlimm und verhängnisvoll erwiesen.

So stellte sich auch die Frage, hätte die Kirche diese Entwicklung verhindern können? Die Antwort ist für mich klar: Nein. Die wirtschaftlichen Verhältnisse bis zum Jahre 1933 hatten die Not unwahrscheinlich verbreitet. Fast 7 Millionen Arbeitslose, ständig Regierungskrisen und niedrige Sozialleistungen führten zu einer Hoffnungslosigkeit und schließlich zur Radikalisierung. Die Kirchen täuschten sich und wurden

auch in den Anfangszeiten getäuscht. Das Stuttgarter Schulbekenntnis versuchte, eine Antwort zu geben.

Die Folgerungen, die man daraus zog und zieht, sind Probleme unserer Tage. Wieweit soll sich die Kirche in die Politik einmischen? Für was ist die Kirche zuständig und für was der Staat? Gibt es hier eine entsprechende klare Trennungslinie? All diese Dinge beschäftigen uns heute und sie beschäftigen auch den Kirchentag. Immer wieder gab es in den letzten Jahren Konflikte zwischen den Meinungen der Kirche und jener der Parteien bzw. des Staates. Ich denke nur an die Wiederaufrüstung und die Atomfragen. Heute sind Spannungsverhältnisse vorhanden, z. B. bei der Beurteilung der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Langzeitarbeitslosen sowie bei dem Thema Asylanten und deren Anerkennung bzw. Abschiebung.

Staat zum Wohl, Kirche zum Heil?

Die alte Trennungslinie zwischen Kirche und Staat, der Staat zum Wohl, die Kirche zum Heil der Menschen, ist fließend geworden. Auch Luthers Zweireiche-Lehre wird zu wenig für unsere Zeit übersetzt. Es wäre gut, wenn man sich darum bemühen würde.

Konflikte und öffentliche Auseinandersetzungen zwischen Kirche, Politik und Staat sind oft für beide nicht nützlich. Die Kirche soll aber immer wieder das Gewissen für die Öffentlichkeit darstellen. Die Kirche zum Heil der Menschen wirft eine ganze Reihe von Fragen auf. Unsere Zeit ist bei allen Ängsten um die Zukunft, bei der Sorge um Umwelt, bei der Furcht, die Menschheit könnte sich selbst auslöschen in bezug auf christliches Lieben und die Hoffnung, die Auferstehung in einer für mich bedenklichen negativen Entwicklung.

Alles wird immer mehr diesseits bezogen. Man lebt dahin, hat täglich seine Probleme und hastet von einem Termin und von einer Veranstaltung zur anderen. An das Ende des menschlichen Lebens wird kaum gedacht. Die Teilnahme an Beerdigungen, das Sehen, was bleibt, sollte nachdenklich machen.

„Dein Wille geschehe“

Viele glauben wieder, alles gestalten und beherrschen zu können. Enttäuschungen über nicht Gelungenes sind dann sehr groß. Ich frage mich oft, ob eigentlich die Bitte des Vater Unsers, „Dein Wille geschehe“, ehrlich gesprochen wird. Aus dem eigenen Erleben meine ich, daß wir als Christen gerade diese Bitte sehr ernst nehmen sollten. Meine Erfahrung ist, daß ich Wege geführt worden bin, die ich nicht gehen wollte. Ich mußte sie dann gehen, und sie waren oft, wie sich später herausstellte, für mich das Bessere, sie waren gesegnet. Diese Erlebnisse schaffen Gottvertrauen.

In unserer Zeit, so bin ich überzeugt, müssen wir im besonderen Maße unsere Grenzen kennen, und dies geschieht immer wieder, wenn wir uns auf die Lehren Christi und auf die Schriften unserer Bekenntnisse besinnen. Auf dem Schreibtisch meines Vaters stand der Bibelspruch: „Die Furcht des Herren ist der Weisheit Anfang“. Lassen wir uns nicht vom Alltag auffressen, denken wir weiter. Als Christen dies zu sagen ist notwendig, sonst könnten wir schuldig werden.

Wenn der Kirchentag durch manche seiner Themen Unruhe, ja Proteste schafft, die zum Nachdenken und zur Besinnung führen, dann ist dies gut. Schön wäre es, wenn die Aktivitäten gerade der jungen Menschen nicht nur am Kirchentag wären, sondern sich auch in die Gemeinden umsetzen würden.

Schließlich wäre es wünschenswert und gut, die Erfolge des Deutschen Evangelischen Kirchentages und jene des Gemeindetages Unter dem Wort – eine geistig-geistlich sehr einheitliche Veranstaltung mit rund 50 000 Teilnehmern – in die Gemeinde einzubringen mit dem Ziel, den Glauben der Christen und der Gemeinde zu stärken.

Anmerkungen zum Evangelischen Kirchentag in Berlin

Albrecht Martin

Mit dem Kirchentag kann man sich nach meiner Erfahrung unter drei Gesichtspunkten beschäftigen: einmal im Blick auf das Bild, das der Kirchentag in den Medien, den gedruckten wie den elektronischen, bot; zum anderen entsprechend dem ganzen Reichtum an geistiger und geistlicher Ansprache, die man erfahren konnte, wenn man nur wollte; schließlich sollte man den Kirchentag betrachten als einen Ort, an dem Strömungen und Entwicklungen sich andeuten, die Auskunft geben über die sich anbahnende oder schon gegebene geistige Lage in Kirche und auch im Staat.

Nur ist vorweg mit allem Nachdruck hervorzuheben: der Kirchentag verlief nicht nur friedlich, sondern auch ernst und vielfach fröhlich! Die gewaltsame Störung der Diskussionsveranstaltung unter Einbeziehung der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte charakterisiert eben nicht den Kirchentag.

Die Zahl der jungen und sehr jungen Teilnehmer hat die Gesprächssituation beeinflusst, gewiß meist positiv. Mir scheint, daß der Kirchentag daraus Konsequenzen ziehen muß, sowohl hinsichtlich der Themen, als auch im Blick auf die eingeladenen Referenten. Es kommt hier nicht auf die Formulierung des Kirchenthemas und der Themen der Arbeitsgruppen an, sondern auf die Erwartungen, die sich mit bestimmten Referenten verbinden. Wenn ein sandinistischer Innenminister Nicaraguas als Bibelarbeiter angekündigt wird, dann erwarten wohl die meisten Hörer bestimmte politische Aussagen und viele wollen durch ihre Teilnahme an der Veranstaltung ihrer politischen Meinung Ausdruck verleihen. Aber ist das kirchentagsgemäß?

Wenn man anregt, auch auf dem „Markt der Möglichkeiten“ sowohl hinsichtlich der Themen als auch im Blick auf die bildlichen Darstellungen gewisse Grenzen anzuerkennen, so setzt man sich dem Vorwurf aus, eine Zensur zu wollen. Aber das große Transparent am Stand der „HUK“ (Homosexuelle und Kirche) abzulehnen, das ist keine Frage der Zensur, sondern des Taktes. Es ist durchaus zu vertreten, daß Kurden oder Tamilen auf die Notlage ihrer Völker hinweisen – es gehört zur Verantwortung der Christen für die Welt, das zu hören –, aber haben Gruppen, deren Ziel der Kampf gegen den christlichen Glauben ist, einen Platz

auf dem evangelischen Kirchentag?

Der besonderen politischen Lage Berlins wegen konnten weder die Militärseelsorge noch die Gruppe „Sicherung des Friedens“ anwesend sein. Aber die Kriegsdienstverweigerer waren natürlich da, und vielen sind die Transparente in Erinnerung, auf denen der 50 000ste „Kriegsdienstflüchtling“ in Berlin willkommen geheißen wurde. Bei solchen „Flüchtlings“ handelt es sich um junge Bürger, die sich auch dem für Kriegsdienstverweigerer vorgeschriebenen Ersatzdienst entziehen wollen. Wenn man das Elend der wirklichen Flüchtlinge vor Augen hat, dann ist es blanke Zynismus, solche „Totalverweigerer“ als „Flüchtlinge“ zu bezeichnen. Abgesehen davon müßte man einmal ernsthaft darüber nachdenken, ob man diesen Totalverweigerern mit so viel Verständnis begegnen darf, wie das praktisch geschieht.

Welches Verhältnis hat ein junger Mann zu unserem Staat, wenn ihn sein Gewissen hindert, für 18 Monate eine soziale Aufgabe zu übernehmen? Ist eine solche Ausweitung des Anspruchs, seinem Gewissen folgen zu können, mit dem Begriff des Gewissens noch heute zu vereinbaren? Gewissensfreiheit kann doch nicht bedeuten, das eigene Urteil – oder Belieben – zum einzigen Richtmaß des Handelns zu machen – und dann von demselben Staat, dem man sich so total verweigert, eine umfassende soziale Betreuung zu verlangen!

Das führt zu einer grundsätzlichen Frage: Man beobachtet bei vielen jungen Menschen ein starkes Engagement für soziale Nöte, für Behinderte und Einsame, auch ein oft leidenschaftliches Engagement für Unterdrückte in fernen Ländern. Aber dem entgegen steht eine oft ebenso starke Distanziertheit

gegenüber unserem Staat, auch gegenüber der Kirche, die man oft als „Amtskirche“ abwertend bezeichnet. Man hat Vorbehalte gegen beide, sie entsprechen nicht den eigenen Vorstellungen, also geht man auf Distanz, verweigert jedenfalls eine verpflichtende Bindung. Aber wie glaubwürdig ist dann das Engagement? Ist es dann nicht auch in Gefahr, im letzten unverbindlich zu bleiben, weil das eigene Belieben ausschlaggebend bleibt?

Zurück zur Tatsache, daß die Mehrheit der Kirchentagsteilnehmer immer jünger wird.

Am Stand des EAK der CDU/CSU auf dem „Markt der Möglichkeiten“ hatten wir eine Weltkarte angebracht. Mit farbigen Stecknadeln konnten die Besucher kennzeichnen, in welchen Staaten ihrer Meinung nach überhaupt nicht, mehr oder weniger oder doch im allgemeinen die Menschenrechte geachtet würden. Daß sich die schwarzen Nadeln, die die Mißachtung der Menschenrechte andeuten sollten, in Südafrika und Chile häuften, war zu erwarten und ja auch objektiv richtig. Aber sie fanden sich auf dem Gebiet der USA, der Bundesrepublik, der Schweiz. Man erfuhr im Gespräch auch die Begründung: weil es in den USA die Todesstrafe gebe, weil die Schweiz nicht das Recht auf Kriegsdienstverweigerung kenne und die Bundesrepublik nicht die Totalverweigerung Glaubens- und Meinungsfreiheit, Recht der freien und geheimen Wahl und freie Berufswahl, für uns die entscheidenden Menschenrechte, wurden ausdrücklich als demgegenüber zweitrangig genannt.

Ich will gewiß nicht verallgemeinern, aber es waren keineswegs nur Einzelne, die so urteilten, und es waren gesprächsbereite junge Menschen. Ist es nur die eigene Erfahrung mit der Unfreiheit, die die Älteren die Gewichte anders verteilen läßt? Könnte es nicht auch sein, daß Glaubensinhalte so konturenlos, so beliebig geworden sind, daß Glaubenslosigkeit eben auch eine Möglichkeit geworden ist und Glaubensfreiheit relativ unwichtig, weil Freiheit nur bei

eigener klarer Überzeugung entscheidend wird?

Vielleicht ist damit die eigentliche Problematik des „Marktes der Möglichkeiten“ angesprochen. Gewiß muß der Kirchentag offen sein für das Gespräch, für die Auseinandersetzung mit allen wichtigen Strömungen unserer Zeit, aber wo ist die Verbindung zwischen der Verkündigung des Evangelismus in den Gottesdiensten, dem Gebet und dem seelsorgerlichen Gespräch auf der einen Seite und der kaum gezügelten Agitation auf mancher Veranstaltung, der Relativierung des evangelischen Glaubens auf der anderen Seite? Denn das Nebeneinander der Möglichkeiten und Unmöglichkeiten auf dem „Markt“ wirkt relativierend.

Meiner Ansicht nach sollte eine der beiden Voraussetzungen erfüllt sein: Wer auf dem Kirchentag in Erscheinung treten und in dieser oder jeder Weise mitwirken will, muß entweder seine Ansichten oder Forderungen vor dem Evangelium begründen wollen oder ernste Fragen an unsere Kirche zu stellen haben. Daß absoluter Gewaltverzicht hinzukommen muß, ist selbstverständlich. Nimmt man diese drei Bedingungen wirklich ernst, so wird man keineswegs aller Schwierigkeiten der Abgrenzung entgehen sein, aber manche „Möglichkeit“ wird es auf dem „Markt“ nicht mehr geben, und andere Gruppen würden vielleicht zur Teilnahme ermutigt.

Schon auf dem Frankfurter Kirchentag hatten militante Gruppen den Stand der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte demoliert mit der Begründung, die IGfM unterstützte das Apartheid-Regime in Südafrika. Für den Kirchentag in Berlin wurde die IGfM für den „Markt der Möglichkeiten“ vom Präsidium des Kirchentages nicht zugelassen, weil ihre Anwesenheit Fragen aufwürfe, die nicht „kirchentagsgemäß“ zu lösen sein würden. Von Seiten des Kirchentagspräsidiums wurde der Vorwurf entschieden zurückgewiesen, daß man mit der Nichtzulassung der IGfM sich dem Druck der schon in Frankfurt aktiv gewordenen mi-

antenen Gruppen beuge. Obwohl niemand einen Beleg anzuführen vermochte, wurde auch vom Präsidium die Verdächtigung gefördert, die IGfM distanzieren sich nicht hinreichend vom Rassismus der südafrikanischen Regierung. Schließlich sollte auf einer Sonderveranstaltung während des Kirchentages auch einem Vertreter der IGfM Gelegenheit zur Klärung der Vorwürfe gegeben werden.

Bei Beginn dieser Veranstaltung stürmte eine Gruppe von 100 – zum Teil in Kampfanzügen auftretenden – Gewalttätigen das Podium, rissen die Mikrophone an sich, griffen den Vertreter der IGfM tätlich an und entrollten Transparente mit den bekannten Vorwürfen gegen die IGfM. Das anwesende Präsidiumsmitglied des Kirchentages erklärte, die sich dann anschließende „Diskussion“ sei keine Veranstaltung des Kirchentages, übernahm aber so etwas wie eine „Moderation“ der gegen die IGfM auftretenden „Diskussionsbeiträge“.

Ohne Vorgeschichte und Begleitumstände könnte man die „Umfunktionierung“ einer Veranstaltung in die lange Reihe gewaltsam gestörter Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen einordnen, wie sie insbesondere Berlin seit 1968 aufzuweisen hat. Es gibt leider in unserer Gesellschaft ein hinreichend großes Potential von zur Gewalttat und zum Rechtsbruch bereiter Menschen, die womöglich sogar fähig sind, für ihr Handeln das Gebot des Gewissens für sich zu beanspruchen. Ob Gesetzgebung und Rechtspflege immer alles in ihrer Macht Stehende getan haben, um für klare Verhältnisse zu sorgen, sei dahingestellt. Dahingestellt sei auch, ob es beim Auftreten solcher Gewalttäter auf einem Kirchentag völlig außerhalb der Möglichkeit liegt, die Polizei einzuschalten; wodurch unterscheiden sich diejenigen, die eine Diskussion gewaltsam sprengen, von anderen Gewalttätigen? Sich angesichts der Ereignisse „zur Ohnmacht Jesu“ zu bekennen, wird den Bedingungen eines Rechtsstaates, in dem auch die Kirche lebt, doch wohl nicht gerecht. Wir leben nicht als Kirche in einem Staat, Kirche verfolgt, sondern der um seiner Aufgabe willen, für Recht und Frieden zu sorgen, auch Kirche zu schützen verpflichtet und ja auch willens ist.

Nicaraguas Innenminister Borge gesteht Menschenrechtsverletzungen

Der Kirchentagspräsident und ehemaliger Richter am Bundesverfassungsgericht, Dr. Helmut Simon, muß den Auftritt des Innenministers von Nicaragua, Tomas Borge, auf dem Kirchentag wie eine schallende Ohrfeige empfunden haben. Die Feststellungen von Menschenrechtsgruppen und den Kirchen in Nicaragua, daß das sandinistische Regime die Menschenrechte mit Füßen tritt, die Kirchen nach wie vor unter dem Druck des von Borge verantworteten Sicherheitsdienstes leiden, schlug er in den Wind. Stattdessen verließ er sich auf das Votum einer Vorbereitungsgruppe des Kirchentages, die Borge die Unbedenklichkeitsbescheinigung für seinen Auftritt ausstellte.



„Menschenrechte im Gespräch“, Anspruch und Wirklichkeit in Diskussion.
Foto: Rüdiger Scholz

Doch Borge selbst strafte die Einladenden: Er räumte ein, daß die an der Atlantik-Küste lebenden Miskito-Indianer von regulären Armee-Einheiten mißhandelt worden seien. Als „Christ“ im Kampfanzug vor die tausendköpfige junge Zuhörerschaft tretend schiebt er schnell nach: „Erlaubt mir die Sünde zu bekennen, daß wir nicht aufmerksam genug waren und die Menschenrechtsverletzungen nicht verhindert haben.“ Doch statt schrillum Protest bricht die Menge in Jubel über das Geständnis des „Sünders“ aus, verlangt später sogar Autogramme. Ob die Reaktion des Publikums ebenso ausgefallen wäre, wenn ein Mitglied der Pinochet-Diktatur oder des südafrikanischen Unterdrückungsregimes – unterstellt sie hätten eine Auftritts-

möglichkeit auf dem Kirchentag erhalten – ebenso in die Rolle des „Sünders“ geschlüpft wäre?

Scharf kritisierte Entwicklungsminister Jürgen Warnke – direkt von einem offiziellen Besuch aus Nicaragua zum Kirchentag gekommen – den Auftritt von Borge unter dem Dach der evangelischen Kirche. Geprägt von den frischen Eindrücken und Gesprächen mit Repräsentanten der katholischen und evangelischen Kirche und der Opposition im mittelamerikanischen Land erklärt er: Zwischen dem geschickten Auftritt Borges in Berlin und der Realität der sandinistischen Politik lägen Welten. Während Vertreter der Kirchen in Nicaragua Borge als hartnäckigen Verfolger der Kirchen täglich erlebten, würde dieser Mann von Christen in der Bundesrepublik Deutschland auf dem Kirchentag trotz zugegebener Menschenrechtsverletzungen gefeiert.

„Beispielgebende Diskussion“

Gegen eine pauschal abweisende Kritik aus den Reihen christdemokratischer Politiker am Evangelischen Kirchentag in West-Berlin hat sich der Pinnerberger Kreisvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) in der CDU, Hans Bleckmann, gewandt. Die Art und Weise, wie dort über Fragen nahezu aller gesellschaftlicher Bereiche diskutiert worden sei, sei gerade auch für die CDU „beispielgebend und nachahmenswert“, betonte Bleckmann im Gespräch mit dem Tageblatt.

Der engagierte Christdemokrat, der auch dem EAK-Bundesvorstand angehört, wies damit Vorwürfe aus dem Unionslager zurück, wo Stimmen zu einer vermeintlichen Linkslastigkeit des Christentreffens vom 7. bis 11. Juni laut geworden waren. Sicher, so Bleckmann, könne die Frage diskutiert werden, ob die zahlreichen Veranstaltungen einer Glaubensvertiefung gedient haben und ob der Kirchentag nicht mit allerlei „sozio-politischen Anliegen“ überlagert gewesen sei.

Bleckmann, der an den jüngsten fünf Kirchentagen für den EAK teilgenommen hat, befand weiter, daß Kritiker akzeptieren sollten, daß „politisch“ verlaufende Kirchentage auch offenlegten, wie sehr die Bürger Anteil an politischen Entwicklungen nähmen. „Und wir als Politiker müssen uns schon fragen, warum die politischen Parteien als Informationsvermittler nicht in dem Maße gefragt sind“, erklärte er. Immer mehr Bürger, so Bleckmanns Erkenntnis, mieden die Auskünfte der Parteien, „weil sie den Eindruck gewinnen, man wolle sie für eigne Parteizwecke vereinnahmen.“ Den Zulauf der Kirchentage begründete er damit, daß „im politischen Raum die Sorgen und Ängste, Gefühle und Ahnungen kaum noch wahrgenommen werden.“

Insgesamt sollte man den Kirchentag als einen „Seismographen sehen, der uns anzeigt, wo den Menschen unserer Zeit die Probleme drücken“, forderte Bleckmann. Der Christdemokrat: „Statt den Kirchentag mit einer Handbewegung als linkslastig abzutun, sollte man inhaltlich intensiver analysieren, was Menschen heute bewegt. Das stünde auch der CDU gut an.“

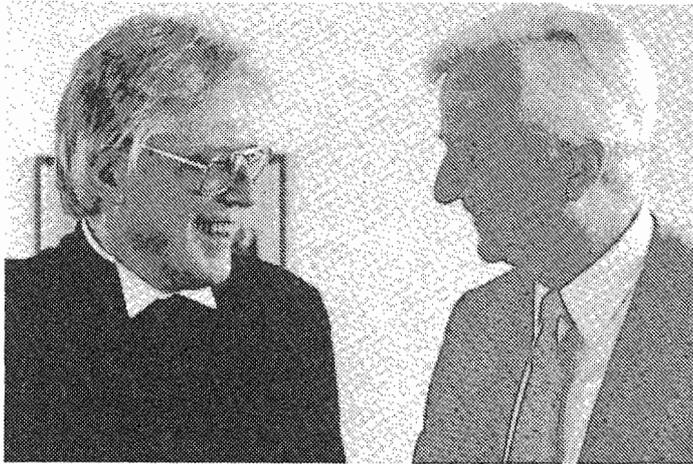
Ann.: Ludger Jägers, Jugendbildungsreferent der JU Deutschlands, gehörte der Mannschaft des „Unionsstandes“ auf dem 23. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Berlin an.

Kurz notiert

Hermann Kalinna 60 Jahre alt

Bonn. Auf einer Feier zu seinen Ehren erschien auch Bundespräsident **Richard von Weizsäcker**: Hermann Kalinna, Stellvertreter des Bevollmächtigten der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) bei der Bundesregierung, beging am 26. Juni seinen 60. Geburtstag. Kalinna gehört zu den wichtigsten Verbindungsleuten der EKD zwischen Kirche und Politik. Sein Vorgesetzter, **Bischof**

Heinz-Georg Binder, würdigte ihn als „außerordentlich gefragten Gesprächspartner“ der Politiker. Kalinna, geboren in Düsseldorf, war wissenschaftlicher Mitarbeiter in Bonn, Studentenvorfarrer in Seattle (USA) und Pfarrer in Bonn, bevor er 1966 ins Haus des EKD-Bevollmächtigten wechselte. 1977 wurde er dessen Stellvertreter. Er hat sich stets für eine Unterscheidung des kirchlichen vom politischen Auftrag eingesetzt und Bedenken gegen eine politische Theologie geäußert.



Der Bundespräsident gratuliert Kalinna zum Geburtstag

Foto: Camillo Fischer

China und die Protestanten

Was sich an grausamen Massakern in China abgespielt hat, hat nur wenige Parallelen in der jüngeren Geschichte. Viele Staaten der Welt haben China verurteilt. Der Deutsche Bundestag hat in einer gemeinsamen Entschliebung die zuletzt vorgenommenen Hinrichtungen „aufs schärfste“ gemäßregelt. Zahlreiche Staaten überlegen sich, ob sie nicht China boykottieren sollen. Der Kommunismus hat sich auf die blutigst mögliche Weise gezeigt. Merkwürdig berührt hier das weithin geübte Schweigen im deutschen Protestantismus. Da gab es Anfang Juni ein Telegramm des EKD-Ratsvorsitzenden, in dem tiefes Mitempfinden ausgesprochen wurde. Ähnliches drückte die württembergische Landessynode aus. Das war es dann aber auch schon. Man stelle sich nur einmal vor, auch nur annähernd Schlimmes wäre in Südafrika passiert. Der Berliner Kirchen-

tag wäre unter großem Beifall aller zu einer Großdemonstration gegen die Kap-Republik unfunktioniert worden. Die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend hätte eine Dauermahnwache eingerichtet. Der Warenboykott Südafrikas wäre zum Status Confessionis erhoben worden. Zahllose Pfarrer hätten im Talar demonstriert. Deutsche Bischöfe hätten sich bei ihren Protestbesuchen in Pretoria die Hand reichen können. Die gesamte Kirchenpresse wäre mit Sonderausgaben herausgekommen. Ach würden die Chinesen doch unter einer rechten Diktatur leiden und eine schwarze Hautfarbe haben! Wie könnten sie sich doch der Solidarität der deutschen Christen erfreuen! Dem Betrachter bleibt festzuhalten, daß China wieder einmal zeigte, wie einäugig die Menschenrechtspolitik im deutschen Protestantismus ist.

Helmut Matthies
in *idea-spektrum* 26/89

Kirchenvertreter beurteilen Perestroika unterschiedlich

Manila. Die Folgen der Perestroika in einigen osteuropäischen Ländern für die Kirchen haben Kirchenvertreter unterschiedlich beurteilt. „Die Tür ist durch Michail Gorbatschows Perestroika erst ein bißchen geöffnet, aber nicht überall und für jeden“, sagte der russische Pastor Alexander Sachenko aus Shadarov bei einem internationalen Kongreß für Weltevangalisation in Manila. In der UdSSR würden die Kinder nach wie vor auf der Grundlage des Atheismus unterrichtet. Der russisch-orthodoxe Priester Gleb Yakunin aus Moskau wies darauf hin, daß Evangelisation außerhalb der Kirchen verboten, antireligiöse Propaganda dagegen erlaubt sei. (epd)

Evangelischer Arbeitskreis der CSU Oberpfalz

Einladung
zum Gesprächsabend mit
Prof. Dr. Hans Schwarz
(Universität Regensburg)

»Politik
und Religion –
Anmerkungen zur
Zwei-Reiche-Lehre
Martin Luthers«

Donnerstag,
28. 9. 1989, 20 Uhr,
Kolpinghaus
Regensburg

Büchermarkt

Dietrich Goldschmidt (Hrsg.), Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe. In Zusammenarbeit mit Sophie-Nette Becker, Erhard Eppler, Wolfgang Huber, Horst Krauter, Hartmut Lenhard, Wolfgang Raupach, Klaus von Schubert und Wolfram Wette. Güterloher Verlagshaus Gerd Mohn, Gütersloh 1989, 576 Seiten.

Die Beiträge dieses Buches greifen die Chance zu einem Neuanfang im Verhältnis der Deutschen zu den Völkern der Sowjetunion auf und stellen sich der geschichtlichen deutschen Schuld gegenüber der dortigen Bevölkerung. Sie klären über die Vergangenheit auf und beschäftigen sich vorurteilsfrei mit den politischen und ideologischen Gegensätzen der Gegenwart.

Bei vielen Deutschen hat ein Nachdenken über die eigene Geschichte, über das Verhältnis zu den Nachbarvölkern, über den Angriffskrieg und den Völkermord begonnen. Daraus resultiert der Wunsch, sich dieser furchtbaren Vergangenheit zu stellen und einen Neuanfang zu wagen aus der schmerzlichen Einsicht, daß der von Hitler entfesselte Krieg unendliches Leid über die Menschen in der Sowjetunion gebracht hat. Nur die notwendige Anerkennung von geschichtlicher Schuld und Haf-

tung kann zur Versöhnung zwischen den beiden Völkern führen.

Uwe Nerlich, Trutz Rendtorff (Hrsg.): „Nukleare Abschreckung – Politische und Ethische Interpretationen einer neuen Realität“. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1989, 889 Seiten.

Es werden die wichtigsten Resultate eines mehrjährigen Projekts der SWP (Stiftung „Wissenschaft und Politik“) zu politischen und ethischen Grundsatzenfragen nuklearer Abschreckung zusammengefaßt.

Das Projekt wurde 1983, also am Ende der Nachrüstungsdebatte konzipiert. Es entstand aus der Einsicht, daß in jenen Auseinandersetzungen Grundsatzenfragen aufgebrochen sind, die jenseits aller damals vertretenen politischen Positionen ein Weiterdenken erforderten: Weder bloße Befürwortung, noch einfache Verwerfung nuklearer Abschreckung konnte das Ziel eines solchen Vorhabens sein. Da nukleare Waffen als dauerhafte Realität verstanden werden müssen, nukleare Abschreckung aber als Resultat der Entwicklung der 80er Jahre ihren politischen Sinn verlieren könnte, steht die Politik vor der Frage, wie sie langfristig mit der Realität nuklearer Waffen umgehen will.

Wehrdienst oder Kriegsdienstverweigerung?

Anmerkungen zur Situation des Christen im Atomzeitalter

Unter dem o. a. Titel hat die Kammer für Öffentliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Deutschland ein elfseitiges Papier erarbeitet und dem Rat der EKD vorgelegt. Folgende Passagen, die sich auf die Verantwortung für den Frieden beziehen, sind dem Kapitel 4: „Die Zuordnung entgegengesetzter Entscheidungen“ entnommen.

... Welche Entscheidung der Christ auch fällt, ob für den Weg des Soldaten oder für den Weg des Kriegsdienstverweigerers, es darf nicht sein, daß der eine für sich eine höhere Qualität von Christsein in Anspruch nimmt oder gar dem anderen das Christsein abspricht, weil er eine andere Position vertritt.

Vielmehr muß es darum gehen, das Gespräch zu suchen und miteinander um Verständigung zu ringen. „Beide stehen auf demselben geistlichen Fundament, und sie nehmen ihre Friedensverantwortung in demselben politischen Handlungsfeld wahr. Wenn sie diese Voraussetzungen nicht verkennen, dann sind beide aufgefordert, ihre unterschiedlichen politischen Zugänge zueinander in Beziehung zu setzen und für die Beunruhigung, die von der jeweils anderen Position und ihrer Aufnahme des biblischen Friedenszeugnisses ausgeht, offen zu sein“ (Heidelberger Friedensmemorandum, 1983). Beide haben sich mit der Möglichkeit des Scheiterns ihrer auf Frieden gerichteten Anstrengung auseinandersetzen zu lassen.

Junge Männer müssen heute eine individuelle Entscheidung

für Wehrdienst oder Kriegsdienstverweigerung treffen. Aufgabe der Kirche ist es, darauf hinzuweisen, daß diese Entscheidung in beiden Fällen vor dem Gewissen zu verantworten ist. Die Kirche muß das Gespräch zwischen Wehrdienstleistenden und Kriegsdienstverweigerern immer wieder neu ermöglichen und dabei unablässig an die Verantwortung erinnern, die das Friedensgebot Gottes uns allen auferlegt: denen, die als Kriegsdienstverweigerer im Zivildienst ihre Verantwortung für die Gesellschaft wahrnehmen, ebenso wie denen, die zur Verteidigung von Recht und Freiheit Wehrdienst leisten. Die Kirche muß ferner die politischen Verantwortlichen in unserem Staat daran erinnern, den Wehrdienst und den Auftrag der Bundeswehr ausschließlich am Ziel der Friedenssicherung auszurichten und den

Zivildienst so zu gestalten, daß der Friedenswille junger Menschen seinen Ausdruck finden kann.

Die Entscheidung für den Wehrdienst wie die Entscheidung für die Kriegsdienstverweigerung ist eine Frage politischer Ethik. Jeder ist seinem, in Gottes Wort gebundenen, Gewissen verantwortlich. Niemand kann sicher sein, daß sein Weg zum Ziel der Bewahrung des Friedens führt. In einer an der Leitlinie des Friedensgebotes Gottes getroffenen Entscheidung für den Friedensdienst ohne Waffen und in einer mit dem Gebot der Nächstenliebe begründeten Entscheidung für den Friedensdienst mit der Waffe werden von Christen unterschiedliche Gewissensentscheidungen getroffen. Sie werden dabei nicht vergessen, daß wir „alle des Ruhmes mangeln, den wir bei Gott haben sollten“ (Röm 3,23)...

Betrifft: Ev. Verantwortung Juni 6/1989, S. 15:

Zur Diskussion: Kirche und Polemik

Es ist mir unverständlich, daß ein solcher Beitrag von einem ev. Pfarrer unserer Kirche in einem Gemeindeblatt abgedruckt werden durfte.

1. Pfarrer Jörg Mutschler ist nach meiner Vorstellung weder Pfarrer noch Seelsorger. Ihm müßte die Berechtigung zur Führung des Wortes „Pfarrer“ abgesprochen werden. Er müßte seiner Ämter enthoben werden. Weder Bibel noch Gebote auch nicht das Vorbild Jesus Christus sprechen aus seinen Mäulern. Es ist seine politische Einstellung, die zu dieser Darstellung kommt.

Nun zu den einzelnen Punkten:

2. Ich kenne keinen Minister in unserer jetzigen Regierung, der einen Meineid geleistet hat. Vor allem sollte M. den Namen nennen, damit sich der betroffene Politiker wehren kann.

Pfarrer M. verstößt selbst gegen das achte Gebot „Du sollst nicht falsches Zeugnis reden wider deinen Nächsten“. Er sollte lieber an die Worte Jesus denken: „Wer glaubt, ohne Sünde zu sein, werfe den ersten Stein!“

3. Daß gegen Exportverbote verstoßen wurde, ist zwar wahr, aber keine Regierung dieser Welt kann 100%ig Übertretungen, Vergehen und Verbrechen gänzlich unmöglich machen. Wird aber eine Gesetzesverletzung festgestellt, so wird der Schuldige auf alle Fälle bestraft.

4. Asylantenproblem: Die Bundesrepublik ist im Weltmaßstab ein kleines Land. Sie ist einfach nicht in der Lage, alle Asylanten aufzunehmen. Ein Politiker, ganz gleich welcher Partei er angehört, der im Sinne von Pfarrer M. handeln würde, würde nicht lange im Amt sein.

5. Bundeswehr und Verteidigung unserer Freiheit: Ich stelle Herrn M. folgende Fragen:

Wie wäre die Geschichte verlaufen, wenn die demokratischen und freiheitlichen Staaten Europas und die USA das nationalsozialistische Deutschland nicht besiegt hätten. Die Sowjets wären allein nicht in der Lage gewesen. Unfreiheit und Knechtschaft wäre über das deutsche Volk hereingebrochen. Jetzt aber ist ein Teil unseres Volkes frei. Die Verteidigung der Freiheit und der Demokratie und die Bekämpfung der Unfreiheit und des Unrechts kann niemals Sünde sein! Zu diesem Punkt könnten unzählige Beispiele angeführt werden.

Noch etwas zu meiner eigenen Person. Ich bin 76 Jahre alt und 41 Jahre Mitglied der CDU. Kurz etwas zu meiner eigenen Auffassung. Jede Partei macht Fehler. Auch Regierungen sind nicht gegen Fehler gefeit. Man muß allein die große Linie, die Stoßrichtung und die geistige Einstellung der Partei im Auge behalten. Mich selbst können Fehler und Mißerfolge der CDU nicht aus dem Gleichgewicht bringen.

Mit freundlichem Unionsgruß
Ihr Kurt Fritsch
Eichendorffweg 4, 7929 Gerstetten

Vereinigungstreffen für Mitglieder und Freunde des Evangelischen Arbeitskreises

Im Rahmen des CDU-Bundesparteitages vom 10. - 13. September 1989 in Bremen

Ort: Hermann-Ehlers-Akademie,
Martinistr. 25, 2800 Bremen

Termin: Sonntag, 10. 9. 1989, 18.00 Uhr

Der Brief polemisiert, d. h. daß der Verfasser für Argumente unzugänglich ist. Der Inhalt des Gemeindebriefes spricht so eindeutig gegen den Verfasser, daß weitere Argumentation überflüssig erscheint.

Ungut ist allerdings, daß Sie einem solchen Brief, der nur ein kleines Einzugsgebiet hat, Ihrerseits nun bundesweite Publizität verschaffen, damit den Leserkreis unnötigerweise verbreitern, den Ärger durch die Leserbrief-Aktion verlängern und bei den Lesern und Leserbrief-Schreibern den Ärger auch noch vertiefen. Das hilft wahrscheinlich niemandem, schadet aber einigen und wahrscheinlich auch der Kirche.

Mir tut diese Art des Umgangs mit solchen Briefen leid.

A. Kirschstein
2300 Kiel 1, Gartenstr. 20

Sie bitten um Meinungsäußerungen, ich mach's kurz:

1. Ist es nicht überflüssig, einem derart entgleisten Gemeindebriefartikel durch Abdruck in

der „Evangelischen Verantwortung“ überregionale Publizität zu verschaffen? Jeder weitere Leser ist zuviel!

2. Möglicherweise hat sich der Autor von pubertärer Unausgegorenheit seiner Konfirmanden anregen lassen. Meine Erfahrung und Hoffnung: Konfirmanden werden schnell erwachsen und kritisch, vermutlich stoßen sie ihren Pfarrer gehörig zu recht!

3. Kritische Fragen sind hilfreich. Hier aber wird ohne Anflüge von Selbstkritik unterstellt.

4. Polemik muß geistreich sein, wenn sie zünden will. Rohrkrepierer haben nie die gewünschte Außenwirkung.

5. Auch Trauer und Zorn entheben nicht der Pflicht zur Wahrhaftigkeit.

6. Auch ich bin jetzt in Sorge: Um diesen Amtsbruder!

Freundliche Grüße

Pastor Thomas Vogel
Dresdner Straße 17
2058 Lauenburg/Elbe

Erstmals „Evangelischer Abend“

Hannover. Etwa 30 ev. Landtagsabgeordnete und Mitglieder des EAK-Landesvorstandes hatten sich im „Weinkeller“ des Niedersächsischen Landtages am Abend eines Plenartages zum ersten „Evangelischen Abend“ eingefunden. Zu einem Gespräch bei Wein, Bier und Brot hatte der neugewählte EAK-Landesvorsitzende **Gustav Isernhagen** MdL eingeladen.

CDU-Fraktionsvorsitzender **Jürgen Gansäuer** und Landesbischof **Horst Hirschler** führten mit kurzen Referaten in das gestellte Thema ein: Christlicher Maßstab oder gesellschaftliche Mehrheit – was bestimmt politische Entscheidung?“

Herrn Isernhagens Vorschlag, solche Abende hin und wieder auch für alle Kollegen zu öffnen, wurde zugestimmt. Er nutzte die Gelegenheit auch, um noch einmal deutlich zu machen, daß der EAK weder eine kirchliche Oppositionsgruppe zu sein habe, noch Abgrenzung und konfessionelle Engführung seine Aufgabe sein dürfe.

Evangelischer Arbeitskreis der CDU-Kreisverbände Bonn und Rhein-Sieg

„Den Lebensraum erhalten – Land- und Forstwirtschaft im Wandel“

mit Dr. **Franz Möller**, MdB, St. Augustin,
mit Oberforstrat **Eberhard Kreysern**, Ruppichterath,
und N. N.

am Dienstag, den 22. August 1989, 20.00 Uhr
im Bürgerhaus, St. Augustin-Hangelar

„Ich bin nicht bereit, auf dem politischen Spielfeld mit der Kreidekarre den Mittelstrich zu ziehen, während andere spielen.“ Mitspielen in einem guten und offenen Geist, politische Positionen in die kirchlichen Gruppen hinein und Anregungen aus der Kirche in die CDU-Politik hereinzuholen, das müsse und wolle der EAK leisten, so Herr Isernhagen.

Austausch untereinander verstärken – Die Arbeit vor Ort mit neuem Schwung fortsetzen

Bonn. Zu einem Meinungsaustausch kamen über 65 Vorsitzende des Evangelischen Ar-

beitskreises der Bundes-, Landes- und Kreisebene im Konrad-Adenauer-Haus zusammen.

Nach der Begrüßung durch die EAK-Bundesgeschäftsführerin **Birgit Heide** ergriff **Hans Bleckmann**, Mitglied des Bundesvorstandes, das Wort. Seinen hilfreichen Ausführungen zur praktischen Arbeit vor Ort schloß sich eine lebhafte Diskussion an.

Anschließend forderte **Hans Schneider**, Redakteur beim Saarländischen Rundfunk, dazu auf, bei Veranstaltungen verstärkt die Lokalpresse einzubinden und Auswahl und Gewichtung der Themen zu bedenken. Oberkirchenrat **Hermann Kallina** sprach sich für einen weiteren Ausbau der guten Beziehungen zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland und dem EAK aus.

In einem engagierten Schlußwort forderte der EAK-Bundesvorsitzende, Staatsminister **Albrecht Martin**, die Teilnehmer auf, in ihren Bemühungen um einen fruchtbaren Dialog im Spannungsfeld zwischen Kirche und Politik auch in Zukunft nicht nachzulassen.

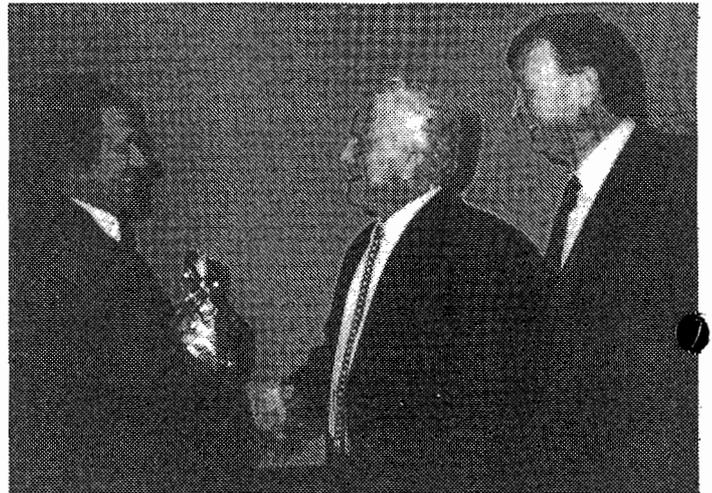
Menschenrecht und Christenpflicht in Südafrika

Ulm. Über dieses brisante Thema sprach der ehemalige Propst von Namibia, Pastor **Kauffenstein** beim Evangelischen Arbeitskreis der CDU in Ulm. Zahlreiche Zuhörer dankten dem Redner, der viele Jahre in Südafrika Dienst in der evangelischen Kirche geleistet hat und deshalb ein ausgezeichnete Kenner der vielschichtigen Probleme in diesem Lande ist.

Unter Leitung des EAK-Vorsitzenden des Kreises Alb-Donau/Ulm, Prof. Dr. **Foko Weberling**, schloß sich eine lebhafte Diskussion an.

Gentechnologie – Segen oder Fluch?

Schwabmünchen. Zu einem Informationsabend über das Wesen der Gentechnologie, ihre Möglichkeiten und ihre Grenzen hatten der Evangelische Arbeitskreis der CSU Augsburg-Land und der Ortsverband



Dr. Werner Kieweg (CSU Schwabmünchen) links und Dr. Herbert Günther (EAK Augsburg-Land) rechts bedanken sich beim Referenten Dr. Klaus Beaucamp (Mitte)

Fragen zu Kirche und Politik im Mittelpunkt

Schwerte. Zu ihrer ersten Zusammenkunft trafen sich Mitglieder und Freunde der evangelischen Arbeit innerhalb der CDU im Kreisverband Unna.

Der Kreisbeauftragte für den Evangelischen Arbeitskreis, **Jürgen Bosüner**, konnte unter den Zuhörern auch den Kreisvorsitzenden **Richard Heinzl** begrüßen. Die Bundesgeschäftsführerin des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, **Birgit Heide**, Bonn, sprach über aktuelle Entwicklungen im protestantischen Bereich.

In der anschließenden Diskussion stand die Frage nach dem künftigen Arbeitsfeld des EAK in Unna im Mittelpunkt. **Jürgen Bosüner** strebt ein offenes Gesprächsforum an. Über Fragen, die Kirche und Politik gleichermaßen betreffen, soll informiert und diskutiert werden.

Damit will der EAK einen konstruktiven Beitrag für den nicht immer spannungsfreien Dialog mit den Kirchen leisten.

Schwabmünchen eingeladen. Der Referent, **Dr. Klaus Beaucamp**, Leiter des Werkes Boehringer Mannheim in Tutzing, legte ausführlich die Arbeitsweise der Gentechnologie dar: zum Beispiel, wie in Bakterien fremde genetische Informationen einverleibt werden, um mit ihrer Hilfe Medikamente herzustellen.

Diskussion „Aussiedler willkommen!“

Dortmund. „Aussiedler willkommen!“ – Unter diesem Motto wurde Montagabend im Stadthaus diskutiert. Eingeladen hatte der Evangelische Arbeitskreis der CDU und das Bildungswerk der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Arnold Sommer, Ratsherr und Vorsitzender des Sozialausschusses, stellte fest: „Dortmund hat mehr Aussiedler aufgenommen als das Saarland und Rheinland-Pfalz zusammen. Sommer will deshalb nicht die uneingeschränkte Aufnahme der deutschstämmigen Menschen aus Polen, Rumänien, der UdSSR usw. in Frage stellen.“

Aber er gab auch einen Stoßseufzer aus dem Sozialamt der Stadt wieder: „Mittwoch kommen 150 Aussiedler hierher. Es sind noch keine Wohnungen für sie da.“

Gerhard Möhrs und Dr. **Bernhard Spies** und alle Anwesenden waren sich einig, daß der Zustrom der Deutschen aus dem Osten – besonders aus Polen – irgendwie verkraftet werden muß.

Politik und Alltagsprobleme

Nienburg. Den hannoverschen Oberkirchenrat Dr. **Lothar Coenen** vom Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland hatte der Nienburger Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU zu einem konfessions- und parteiübergreifenden Gesprächsabend eingeladen. Thema der Veranstaltung war die Frage, warum die Kirchen weltweit für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung eintreten.

Dieser „konziliare Prozeß“ hatte nach Angaben des Referenten unlängst einen vorläufigen Höhepunkt, als in Basel Vertreter aller europäischer Kirchen zur ersten ökumenischen Versammlung zusammenkamen. Seit 1948 sei die Verhinderung von Krieg für den Ökumenischen Rat der Kirchen die Hauptsorge gewesen, so auch 1983 in Vancouver. 1985 habe der Aufruf des Physikers und Philosophen Carl Friedrich von Weizsäcker besonders in Deutschland großen Widerhall gefunden.

Die Probleme seien komplex, und entsprechend vielfältig fühlten sich Christen zur Stellungnahme herausgefordert. Bei der Frage, ob z. B. Wehrdienst zu leisten sei, wenn Krieg nicht sein dürfe, verweise der weltanschaulich neutrale, wohl aber christlich-humanistische Tradition verpflichtete Staat auf das Verfassungsgebot; jedoch achte er auch die Entscheidung des Gewissens. Dieses muß, so der Referent, für den einzelnen ausschlaggebend sein. Wie man sich aber auch entscheide, es gehe nicht an, jemand für den „besseren Christen“ zu halten.

Gernot Pittius, Vorsitzender des Nienburger Evangelischen Arbeitskreises, stellte abschließend fest, daß angesichts der Vielzahl der Gesichtspunkte die Probleme weiterhin diskutiert werden müßten.

*Man spürt selten,
was Glück ist;
aber man weiß meistens,
was Glück war.*

François Rosay

30. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

Deutschland in Europa – Unsere Verantwortung in der Welt

20. und 21. Oktober 1989

im Tagungsgebäude des Messezentrums, Nürnberg

Programm:

Freitag, 20. 10. '89

- 16.00 Uhr: Eröffnung und Grußworte
Staatsminister **Albrecht Martin** MdL
Bundesvorsitzender des EAK
- 17.00 Uhr: Vortrag
Prof. Dr. **Heinz Duchhardt**, Münster
- 19.00 Uhr: Abendgespräch
Bundesminister Dr. **Gerhard Stoltenberg**
Prof. Dr. **Trutz Rendtorff**

Samstag, 21. 10. '89

- 19.30 Uhr: Meditation
- 10.00 Uhr: Vortrag
Bundesminister Dr. **Theo Waigel**
Vorsitzender der CSU
- 11.00 Uhr: Podium: Deutschland in Europa
u. a. mit **Ingo Friedrich** MdEP,
Michaela Geiger MdB,
BM Dr. **Jürgen Warnke**
- 13.00 Uhr: Schlußwort

Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Bethel

Bielefeld-Bethel. „Der kurze Blick nach Bethel war nützlich“, mit diesem Satz zog der Landesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU-NRW und Landtagsvizepräsident, Dr. **Hans-Ulrich Klose** (MdL), das Fazit des Arbeitsbesuches in Bethel. Er und die Mitglieder des Landesvorstandes fanden, daß hier dem Zeitgeist zuwider in einer Gesellschaft gearbeitet wird, die sich an ökonomischen Gesetzen orientiert, der behinderte Mensch im Blick ist. So dankte Dr. Klose für die Arbeit, die in Bethel geleistet wird. Der Vorstandsvorsitzende und Anstaltsleiter von Bethel, Pastor



In der Werkstatt Bethel; rechts: Dr. Klose, MdL

Foto: Manfred Hellmann

Johannes Busch, hatte es begrüßt, daß sich die Politiker vor Ort informieren und sie dazu eingeladen, das auch weiterhin zu tun, weil die Diakonie nicht auf den Dialog mit den Politikern verzichten könne.

Vorbereitet worden war der Besuch von der Bielefelder Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises, **Angelika Schulze**, und ihr sprach dann auch Dr. Klose den Dank der Beteiligten aus.

Bericht von der Jahreshauptversammlung

Wesel. Der Arbeitskreis will sich auch in Zukunft mit der Situation der Kirche in der DDR beschäftigen. Die Kirche dort beweise sehr viel Mut, indem sie sich für Freiheit und Demokratie einsetze und den Oppositionellen Zuflucht biete. Die Kirche in der DDR übernehme auf dem Wege zur Demokratie die gleiche Rolle wie die katholische Kirche in Polen.

Die anschließende Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis:

Vorsitzender: **Wolfgang Hemkens**, stv. Vorsitzende: Beate Suchsland-Maser, Hans Ingenebel, Dr. Manfred Gössling. Schriftführer: Dr. Erich Isecke, 2. Schriftführer: Frank Spellen. Beisitzer: Willy Pillekamp, Dr. Jochen Artenstedt, Sibille Müschenborn, Dr. Volker Hampel, Jürgen Angerhausen.

Begleitet und betreut

Mayen. Viel Trubel herrschte im Haus im Möhren, als der Evangelische Arbeitskreis der CDU im Stadtverband Mayen alle 20 in Mayen wohnenden Aussiedlerfamilien mit ihren Kindern eingeladen hatte. **Werner Knappe**, der Vorsitzende des EAK, stellte den Nachmittag unter das Wort von Apostel Paulus „Nehmt einander an, wie auch Christus uns angenommen hat, zur Ehre Gottes.“ Der EAK hat die Familien aus Polen und Rußland im vergangenen halben Jahr begleitet und betreut.

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Minister für Bundesangelegenheiten Albrecht Martin, MdL; Bundesminister a. D. Dr. Werner Dollinger, MdB; Staatsminister a. D. Friedrich Vogel, MdB; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Arnulf Borsche ● Redaktion: Birgit Heide, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 05/6 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 ● Abonnementspreis jährlich 16,- DM ● Konto: EAK, Postgiroamt Köln 112100-500 oder Sparkasse Bonn 56267 ● Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn ● Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten.

EAK der CDU/CSU · Friedrich-Ebert-Allee 73-75 · 5300 Bonn
Postvertriebsstück · F 5931 EX · Gebühr bezahlt

Aus dem Inhalt:

Die Stellung von Kirche in Rundfunk und Fernsehen	1
Kirchliche Medienarbeit – Verantwortliches Handeln ist gefordert	3
Ortskirche kontra Medienkirche	5
10 Gebote für den Journalismus	6
Zuschauer als „Orientierungswaisen“	7
Das „Wort zum Sonntag“ – ein evangelisches Trauerspiel	8
Protestantische Profile: Dr. Werner Dollinger	9
Anmerkungen zum Evangelischen Kirchentag in Berlin	10
Kirchliches	11
Notizen und Nachrichten	12
Leserbriefe	13
Aus unserer Arbeit	14

Unsere Autoren

Wolfgang Baake
Moritz-Hensoldt-Str. 20,
6330 Wetzlar

Hans-Wolfgang Heßler
Friedrichstr. 2-6,
6000 Frankfurt/Main 17

Herbert A. Gornik
Hauptstr. 53, 5000 Köln 50

Dieter Weirich MdB
Bundeshaus, 5300 Bonn 1

Staatsminister Albrecht Martin
Schedestr. 1, 5300 Bonn 1

Pfarrer Wolfgang Sickinger
Sunderplatz 5, 4330 Mülheim 12

Dr. Werner Dollinger MdB
Bundeshaus, 5300 Bonn 1

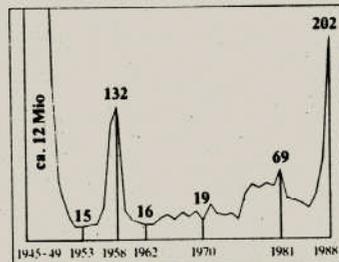
Deutsche Aussiedler

Folgende Fragen und Antworten sind dem Info des Bundesministeriums des Innern entnommen:

Frage 1

Warum kommen eigentlich heute noch so viele Aussiedler zu uns?

Die Deutschen aus dem Osten in 1000



Antwort: Schon seit Jahrzehnten kommen deutsche Aussiedler zu uns. Auch 40 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkriegs wollen immer noch viele Deutsche aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße sowie aus den deutschen Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa aussiedeln. Sie sehen dort für sich und ihre Kinder kaum noch Möglichkeiten, ihre kirchlichen Traditionen, ihre Sprache und Kultur als Deutsche zu bewahren und als Volksgruppe zu überleben. Bis heute haben sie als Deutsche unter den Folgen des Krieges am meisten zu leiden. Sie haben sich oft jahrzehntelang um die Ausreise bemüht, um als Deutsche wieder unter Deutschen leben zu können.

Frage 2

Warum „holt“ die Bundesregierung die Aussiedler in die Bundesrepublik Deutschland?

Die Bundesregierung fordert niemanden auf, in die Bundesrepublik Deutschland zu kommen. Unsere Politik zielt zunächst darauf, die Lebensbedingungen der Deutschen in den Aussiedlungsgebieten – so schwer das auch sein mag – zu verbessern.

Die Bundesregierung akzeptiert allerdings die Entscheidung jedes Deutschen in den Aussiedlungsgebieten, zu uns zu kommen. Dies ist eine höchstpersönliche Entscheidung, die Verwirklichung eines Menschenrechtes. Wenn ein Deutscher diese existenzielle Entscheidung für sich und seine Familie getroffen hat, wird die Bundesregierung ihn auch künftig bei der Verwirklichung seines Wunsches unterstützen und ihm hier die erforderliche Starthilfe zum Aufbau einer neuen Existenz gewähren.

Deshalb kommt für uns eine Beschränkung der Aufnahme von Aussiedlern nicht in Betracht.

Frage 3

Kann unser Land die vielen Aussiedler finanziell verkraften?

Antwort: In der Zeit unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg wurden rd. 12 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene in unserem weitgehend zerstörten Land aufgenommen. Seit 1950 sind über 1,6 Millionen Aussiedler zu uns gekommen. Wir haben sie ohne nennenswerte Schwierigkeiten bei uns aufgenommen und eingegliedert. Dies ist auch finanziell bewältigt worden.

Unserem Land ist es sogar Jahr für Jahr besser gegangen. Dazu haben die Aussiedler mit ihren Fähigkeiten und ihrer Arbeitskraft wesentlich beigetragen.

Ich bin der festen Überzeugung, daß die Eingliederung der jetzt kommenden deutschen Aussiedler auch heute gelingen wird. In dieser Auffassung bestärken mich die vielen Zeichen der Hilfsbereitschaft, die mich aus der Bevölkerung erreichen.

Die Hilfe, die der Staat hierbei geben kann, ist darauf angelegt, die Startschwierigkeiten zu mindern. Sie ist „Hilfe zur Selbsthilfe“.

Frage 4

Müssen wir um unsere Arbeitsplätze fürchten?

Antwort: Diese Frage wird mir immer wieder gestellt. Ich kann die Sorge unserer Bürger um ihren Arbeitsplatz gut verstehen. Aber ich halte sie für unbegründet:

Sehr viele Aussiedler haben handwerkliche Berufe. Sie waren bislang im gewerblichen Bereich tätig. Diese Menschen finden hier erfahrungsgemäß schnell eine Anstellung. Sie kommen auf Arbeitsplätze, die häufig über lange Zeit unbesetzt waren, weil es nicht genügend Facharbeiter gibt. In diesen Bereichen nehmen Aussiedler keinen Arbeitsplatz weg; sie machen deren Wiederbesetzung erst möglich. Das Deutsche Handwerk und die Bauwirtschaft, aber auch das Hotel- und Gaststättengewerbe haben mir mitgeteilt, daß dort viele tausend Stellen offen sind, die nicht besetzt werden können. Ich

gehe davon aus, daß viele Aussiedler hier Arbeit finden werden.

Ich möchte aber auch noch auf einen anderen wichtigen Aspekt hinweisen, der in der Diskussion leider viel zu wenig beachtet wird: Der Zuzug Aussiedler wird viele zusätzliche Arbeitsplätze bei uns schaffen. Ich denke daran, daß 200 000 Menschen sich ernähren, sich kleiden, Wohnungen brauchen, Haushalte einrichten. Die Aussiedler werden also als Wirtschaftsbürger ein bedeutender Faktor sein. Ich glaube daher, auch für den Arbeitsmarkt bedeutet der Zuzug unserer Landsleute eine echte Chance, auf die wir noch deutlicher hinweisen müssen.

Frage 5

Werden sich die Aussiedler in unseren ganz anderen Verhältnissen zurechtfinden?

Antwort: Die Aussiedler treffen hier auf völlig andere soziale Verhältnisse als in ihren Herkunftsgebieten. Bei uns müssen sie durchweg selbst abwägen und entscheiden. Dieses Problem ist allerdings nicht neu. So ging es allen rd. 1,6 Millionen Aussiedlern, die in der Zeit seit 1950 zu uns gekommen sind. Doch auch sie haben sich nach anfänglichen Schwierigkeiten recht bald bei uns zurechtgefunden. Entscheidenden Anteil an der Integrationsarbeit haben die Kirchen, Verbände und Vereine. Ohne ihre Hilfe wäre die Eingliederung nicht so schnell möglich. Ich bin froh, daß sie bereit sind, ihre Anstrengungen noch weiter zu verstärken. Besonders wichtig ist aber auch, daß sich die Aussiedler von der einheimischen Bevölkerung angenommen fühlen. Ich rufe daher jeden einzelnen auf, nach seinen Kräften unseren deutschen Landsleuten gerade in der ersten Zeit zu helfen.

Wenn Sie weitere Fragen haben:

☎ 02 28/6 81 45 45

Unter dieser Nummer erreichen Sie unser Aussiedlertelefon von montags bis freitags zwischen 8.30 Uhr und 16.00 Uhr.

Herausgeber: Der Bundesminister des Innern, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Graurheindorfer Straße 198, 5300 Bonn 1.